

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Bundesministerium mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst aus der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Dringender monatlich 20 Pf. durch die Post bezogen vierteljährl. Nr. 2.75, unter Kreisband für Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 6. — Erhältlich tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 8465. Sprechstunde nur zwischen 12 bis 1 Uhr. Redaktion: Brüderstraße 21. Telefon 1769. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die eingetragene Postkarte mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im vorne zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 219.

Dresden, Montag den 21. September 1908.

19. Jahrg.

## Rückblick auf den Parteitag.

Die arbeitsreiche, oft stürmische Woche des Parteitages liegt hinter uns. Wir haben unseren Parteigenossen in täglichem Aufeinander der Verlauf der Parteidienstungen Bericht erstattet und erfüllt sich deshalb jetzt für uns, auf viele Einzelheiten noch nicht zurückzukommen. Wie wollen nur das Ergebnis, zu dem der Parteitag in einigen besonders umstrittenen Fragen gelangt, feststellen und bewerten.

Der Vorsitzende des Parteitages, Genosse Singer, hat die Nürnberg-Beratungen mit einem sehr schönen Schlusswort endet. Sein Schlusswort war vor allem auch ein an alle Parteigenossen gerichtetes Grußwort für die nächste Zeit. Er hat die Rührung ausgesprochen, daß sowohl in der Presse wie in den vorliegenden Verhandlungen, in denen die Berichterstattung über den Parteitag erfolgt, neue heftige Erörterungen der wichtigsten Parteifragen vermieden werden mögen, daß Rückgriff auf die Geschlossenheit der Partei genommen und daß dies Versichernde unterlassen werden müsse. Wir können uns dieser Mahnung um so mehr anschließen, als es nicht nur schon in den Wochen vor dem Parteitag, da die schärfste Polemik, der am Streit um meiste beteiligten Parteigenossen tobte, sondern seit jener die gleiche Ansicht vertreten haben. Sie haben es oft erfahren, daß der Streit in unseren Reihen an Spaltung und Leidenschaftlichkeit weit über das Maß hinausgetrieben wurde, was dem tatsächlichen Unterschied der Meinungen entsprechen würde. Wir haben uns deshalb bemüht, selbst zu den Fragen, die in der Partei auftauchen, in größtmöglicher Geduld Stellung zu nehmen, zur lokalen Rührung beizutragen und so das Wichtigste, was uns not tut, die Geschlossenheit der proletarischen Kräfte gegen die Feinde des Proletariats, zu fördern. Wir möchten dringend wünschen, daß alle Kreise der Partei, Singers Grußwort folgend, diese Freude, mehr als es oft der Fall war, sich zu eignen machen, die Interesse der Arbeiterklasse, zur glücklichen Förderung der jungen Sozialdemokratie.

Geraade gegenwärtig ist es aber mehr denn je mal dringend erforderlich, die Vorherrschaft und Strebungen seines Partei mit allergrößer Sachlichkeit zu betrachten und zu bewerten. Es liegen mancherlei Differenzen vor, die auf dem Parteitag nicht zum völligen Ausgleich gelangt sind, die auch darüber hinweg zu Heilungen und Auseinandersetzungen geben können. Um so mehr ist es erforderlich, die wichtigsten Fragen auf ihrem wirtschaftlichen Gehalt zu beschränken und sie durch Überzeugung oder gar persönliche Anstrengungen die Situation zu verschärfen und zu erschweren.

Zwei Fragen sind es, in denen der Parteitag eine vollständige Lösung noch nicht herbeigeführt hat: die Waisenfrage und die Budgetfrage.

In der Waisenfrage hat der Parteitag, ohne darüber zu diskutieren, die Fortführung der Forderung, gemäß den Beschlüssen der deutschen Parteitage und des internationalen Kongresses, bestätigt. Über den Grundgedanken dieses gemeinsamen Beschlusses aller Länder zur Kundgebung aller proletarischen Klassenordnungen ist gar kein Beschluss. Die Schwierigkeiten beginnen bei der Frage, wie die Arbeiterschaft, die wärmste Form des Waisentages, durchgeführt und wie die materielle Unterstützung für die Arbeiter geregelt werden soll, die durch Unternehmerkraft zu Osteilen der Waisen werden. Der Parteitag hat die Notwendigkeit anerkannt, diejenigen, die infolge der Waisen-Schäden erledigt zu unterstützen. Es konnte unmöglich die von einigen Delegierten aufgeführte Ansicht teilen, die Unterstützungsfrage sei von nebensächlich und sollte überhaupt nicht in Betracht gezogen werden. Es konnte eine solche Ansicht nicht teilen, weil es schweres Unrecht wäre, die höchsten Kämpfer ohne Gnade der Hölle zu lassen, und weil in diesem Falle eine umfassende Waisen überhaupt nicht gebraucht werden kann. Über die Ausarbeitung der Unterstützungsfrage aber ist der Parteitag nicht ins Reine gekommen. Die Versammlungen, die der Parteidienst und die Generalkommission der Gewerkschaften getroffen und die der Dauhünger Gewerkschaftskongress, wenn auch unter Vorbehalt, bestätigt hatte, haben die Zustimmung des Parteitages nicht gefunden. Eine starke Mehrheit des Parteitages war der Meinung, daß die von diesen Gewerkschaften vorgelegte Regelung der Unterstützung aus ausreichend drastischen Mitteln der Parteidienstorganisationen und der Gewerkschaften die Arbeiterschaft am 1. Mai sehr beeindrucken müßte. Eine andere, bessere Regelung ist aber auch nicht gefunden worden. Es wird daher weiter daran gearbeitet werden müssen, diese noch offene Frage ihrer Lösung entgegenzuführen. Der Parteidienst wird gewiß nochmals mit der Generalkommission in Verhandlungen treten, ob sich nicht eine mehr befriedigende Regelung finden läßt. Es werden insbesondere die aus Königsberg gestellten Anträge, die auf dem Parteitag nicht zur Erörterung gelangt sind, sorgfältig geprüft werden müssen, ob sie nicht einen Ausweg eröffnen; nach diesen Anträgen soll ein Teil der Unterstützungsmitte aus örtlichen, ein Teil aus den zentralen Kosten entnommen werden. Wie immer aber diese Unterstützungsfrage geregelt werden wird, sicherlich werden unsere Genossen und Genossinnen an der würdigen Ausgestaltung der Waisen mit aller Begeisterung hingabe arbeiten.

Auch in der Budgetfrage ist ein allgemein bestiegender Ausgleich auf dem Parteitag nicht gefunden worden. Wäre, wie auch wir es an dieser Stelle befürwortet haben, die Resolution Frohne zur Annahme gelangt, so würde unseres Erachtens diese Frage für die Zukunft kaum noch größere Schwierigkeiten bereitet haben. Wir glauben auch, daß diese verschärfte Resolution die Mehrheit erlangt hätte, wenn eben nicht die Gemüter durch die

Fehler, die in dieser Angelegenheit vor dem Parteitag begangen worden sind, allzu erregt gewesen wären. Die Resolution Frohne stimmt mit der zur Annahme gelangten Parteidienstresolution darin überein, daß sie den Lübecker Beschluss über die Budgetabschließung durchaus aufrecht erhält. Sie unterscheidet sich von ihm dadurch, daß sie die Entscheidung über etwaige ausnahmsweise Zustimmung zum einzelstaatlichen Budget der Verstände zwischen den betreffenden Landtagsfraktionen, deren Landesorganisation und dem Parteidienst überlässt.

Die Parteidienstresolution dagegen will Verständigungsbereichungen zwischen den genannten Körperschaften dadurch unnötig machen, daß sie selbst irrtümliche Auslegungen des Lübecker Beschlusses ausschließt und so den Landtagsfraktionen eine bestimmte Vorchrift erteilt. Wäre die Resolution Frohne zur Annahme gelangt, so hätten in Zukunft etwaige Meinungsverschiedenheiten über Budgetverteilung oder Budgetabschließung durch gemeinsame Verständigung erledigt werden müssen. Die Annahme der Parteidienstresolution wurde aber von den süddeutschen Delegierten als Aufrechterhaltung eines Ananges empfunden. Sie glaubten, daß dieser Mehrheitsbeschluß nicht die nötige Rücksicht auf die Überzeugungen der Linken nehmen und gaben deshalb jene Erklärung ab, in der sie sagten, daß „die jeweilige Entscheidung über die Budgetabschließung dem pflichtgemäßen Erreichen der ihren Landesorganisationen verantwortlichen Landtagsfraktionen vorbehalten werden muß“. Diese Erklärung belegt gewiß noch nicht, daß die süddeutschen Delegierten den Mehrheitsbeschluß zu brechen gewillt sind. Sie lädt durchaus das zu, was Singer in seinem Schlusswort sagt, daß die Linken hoffentlich Wege finden werde, um dem Beschluss des Parteitages Rechnung zu tragen. Aber es lädt sich nicht verneinen, daß die Erklärung, wenn sie rein formal betrachtet wird, mit dem Beschluss des Parteitages nicht im Einklang steht. Die Erklärung sagt gewissermaßen, daß der Mehrheitsbeschluß für Norddeutschland Geltung habe, daß aber Süddeutschland in dieser Frage sich doch noch seinen besonderen Verhältnissen richten müsse.

So sollte man also auch nichts legen. Wollt der süddeutschen Delegation aufladen mag, so sehr man darin das Gemüthe leben möge, daß sie gegenüber den gegnerischen Regierungen und Parteien ihre Würde zu wahren bemüht war, so ist jedenfalls nicht zu verkennen, daß eine unausgeglichene Division zurückgeblieben ist.

Hieraus erwächst die sehr erste Frage, ob wir auf dem Wege vorwärts schreiten sollen, auf dem wir bei Behandlung dieser Budgetfrage geschritten sind. Würden wir das, was wir jetzt erlebt haben, in seinen Konsequenzen ausdrücken, so würde entweder die Gefahr zur Spaltung der Partei eintreten oder aber die andere Gefahr, daß eine Linkenheit nur widerwillig, nur mit dem Gefühl der höchsten Unlust den Beschlüssen der Mehrheit folge leistet. Beide Aussichten wären gleichzeitig schlimm und die deutsche Arbeiterbewegung verderbt. Beiden Jahren muß unseres Erachtens mit allem Eifer unserer Parteidienst entgegengewirkt werden. So richtig es ist, daß die Beschlüsse der Majorität Geltung haben müssen, so richtig ist es aber auch, daß die Majorität nicht ohne Rücksicht auf Minoritäten verhandeln möge, wenn nicht schließlich eine große Kasse gefordert werden soll. Gerade die Sozialdemokratie muß versuchen, dem Grundsache vom Recht der Minorität Beachtung zu schenken. Die Sozialdemokratie fordert aus besten Gründen für Betriebsgewerkschaften die Wahl nicht nach Majorität, sondern nach Proportionalität, damit auch die Linkenheiten, ihre Stärke gemäß, gerecht vertreten werden. Dieses Prinzip kann aber auch bei Parteidienstlösungen zur Geltung gelangen. Linkenheiten sollen Widerstände anerkennen, Widerstände sollen aber auch Widerstandsberechtigungen nicht unterdrücken lassen. Linkenheiten sollen nicht überstimmt werden, sondern es soll Verständigung mit ihnen herbeigeführt werden.

Zur Budgetfrage hat der Parteitag vielerlei Gegenseite und Widersprüche, die gabor in der Presse und in Verhandlungen zum Vorhause kamen, bestätigt und eine erhebliche Verstärkung der Forderungen herbeigeführt. Insbesondere hat jeder der stellenden Teile dem anderen die gute Überzeugung und beste Absicht zugemessen, daß er nur im Interesse der Partei und der Arbeiterschaft seinen Standpunkt vertrete. Wird auf Grund dieser gegen seitigen Anerkennung ernsthaft und mit Duldsamkeit danach strebt, daß der unzureichende Rest dieses Streitfalls nicht zu neuem Hafer führt, dann wird die Sozialdemokratie bald, ohne jeden Schaden zu nehmen, über diese ganze Angelegenheit hinausgelangen.

Doch es möglich ist, über schwierige Streitfragen zur Verständigung zu gelangen, das hat uns die Jugendorganisation gezeigt. Auch auf diesem Gebiete wurde vor dem Parteitag durchaus labhaft gefürt und heftigste Bemühte wurden erledigt. Auf dem Parteitag gab es aber hierüber überhaupt keine öffentliche Diskussion, eine Kommission prägte die Sache und ihren Vorfallen folgte sich der Parteitag einstimmig an. Die Lösung, wie sie die Kommission gefunden hat, entspricht übrigens auch vollständig den Ausschreibungen, die unsere Geltung von vornherein bestimmt. Es ist bestimmt worden, daß der Betätigung von lokalen Jugendorganisationen unpolitischen Charakters, die unter Mitbestimmung Erwachsener ihre Verwaltung selbst führen, nichts im Wege steht. Wir dürfen nun hoffen, daß unsere Genossen und Genossinnen mit regstem Eifer die Jugendbildungsbemühungen pflegen und fördern werden.

Und schließlich hat der Parteitag in Nürnberg für die aktuelle Politik manigfache und wertvolle Anregungen gegeben. Vieles ist bedeutsame Aufgaben, harrten uns auf dem

Gebiete der auswärtigen Politik, der Sozialpolitik, des Arbeiterschutzes, der Streuerziehung. So nötig es war, innere Parteidienstungen durch die Aussprache auf dem Parteitag zu lösen, jetzt ist die Zeit, mit allem Fleiß und aller Eindringlichkeit für die Kulturforderungen der ausgebildeten Klasse zu wirken, mit aller Kraft und aller Wucht zu rüsten gegen die freien Anschläge der Reaktionsschicht!

## Die deutsch-englische Friedens-Kundgebung.

Die Delegation der englischen Arbeiter wurde am Sonnabend im Berliner Gewerkschaftshaus feierlich empfangen. Genosse Sassenbach begrüßte sie und hieß sie im Namen der Berliner Arbeiterschaft auf das herzliche willkommen. In einer Ansprache führte er aus: „Schon aus dem zahlreichen Erleben der an erster Stelle der Berliner Arbeiterschaft stehenden Genossen können unsere englischen Kameraden ersehen, daß ihr Besuch uns Freude macht und daß die deutsche Arbeiterschaft bereit ist, mit der englischen Hand in Hand zu gehen. Der Hauptzweck, der unsere Gäste nach Berlin geführt hat, ist die Betonung des Friedens. Was uns heute zusammengeführt hat, ist das Bedürfnis, auch persönliche Beziehungen zwischen den englischen und deutschen Gewerkschaftsführern zu schöpfen und dadurch beizutragen, eine engere Verbindung zwischen den beiden Gewerkschaften anzubauen. Redner wie noch darauf hin, daß die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland sich in den letzten Jahren in großer Weise entwickelt hat, so daß sie sich mit den englischen Gewerkschaften getrost auf eine Stufe stellen kann. Er hofft, daß die englischen Gäste während ihres Aufenthalts in Berlin Gelegenheit nehmen werden, sich über unsere Gewerkschaftseinrichtungen zu informieren, damit sie dann in England die vielleicht noch verbreiteten Ansichten über die Rücksichtslosigkeit der deutschen Gewerkschaften zerstreuen können.“

Genosse Bernstein überzeugte ins Englische und fügte noch einige persönliche Worte hinzu.

Darauf erging der englische Abgeordnete C. W. Rovermann mit das Wort zu folgender Erwidlung:

„Werte Kameraden! Wir danken für Ihren herzlichen Willkommen aufs beste und sind sehr froh, in diesem prächtigen eigenen Hause der Gewerkschaften zu weilen. Ich freue mich über die großen Fortschritte der deutschen Gewerkschaften, die alle Schwierigkeiten von einer so glänzend überwunden haben. Die deutschen und englischen Gewerkschaften weltweit heften miteinander, aber es erfüllt kein Redner, wie ich froh über diese Rivalität ist. Die englischen Gewerkschaften waren früher gewohnt, sich ihrer großen Rands zu rühmen; aber die Notwendigkeit, diese zu schützen, hat zur Gründung einer unabhängigen politischen Arbeiterpartei bewogen, die heute 50 Vertreter im Parlament hat, die nicht als die Interessen des Proletariats vertreten. Von ihnen ist eine Anzahl Sozialdemokraten, alle aber kämpfen gemeinsam für die Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse. Und wenn die deutschen Arbeiter sich noch immer nicht denselben Freiheit erkennen, wie die englischen, so bin ich sehr überzeugt, daß Sie alle Schwierigkeiten überwinden werden und Ihre parlamentarischen Rechte, die Wahl nicht nach Majorität, sondern nach Proportionalität, damit auch die Linkenheiten, ihre Stärke gemäß, gerecht vertreten werden. Dieses Prinzip kann aber auch bei Parteidienstlösungen zur Geltung gelangen. Linkenheiten sollen Widerstände anerkennen, Widerstände sollen aber auch Widerstandsberechtigungen nicht unterdrücken lassen. Linkenheiten sollen nicht überstimmt werden, sondern es soll Verständigung mit ihnen herbeigeführt werden. (Sturmischer Beifall.)“

Redner Rovermann sprach noch Henry Wilson, der im Namen der englischen Gewerkschaftsbewegung sprach, der Abgeordnete George Nicholls im Namen der Landarbeiter, Havelock Wilson, der Organisator der Seeleute, einer der Organisatoren der deutschen Gewerkschaften, und als letzter Redner T. Morgan von der internationalen Schiedsgerichtsliga. Alle Redner berührten den Wahlschein eines englisch-deutschen Gegenseites. Ihre Versicherungen gemeinsamen Kampf für den Frieden und für die Emanzipation des Proletariats erweckten fröhlichen Beifall bei den Versammelten.

Die Gegenseite der Wehrmacht zeigte schon der am Freitag tagende interparlamentarische Kongress. Obgleich auch hier die Betonung der Friedensliebe der herrschenden Klassen wie Del von den Abgeordneten des Deutschen Reichstags lobt, betonte er aber doch gleichzeitig, daß in der Politik Deutschlands keine Änderung eintritt, da Deutschland „belebt durch die Geschichte, die ihm drei Jahrhunderte hindurch die härtesten Erfahrungen nicht erpaßt hat, stark genug will und muss um sein Gebiet, seine Würde und seine Unabhängigkeit zu verteidigen“. Die wahnsinnigen Steigerungen der Ausgaben für Heer und Flotte wird trotz aller Friedensbemühungen nicht im geringsten Einhalt getan werden.

Am Sonntag fand die große Friedensdemonstration im größten Saale Berlin statt.

Doch dabei der preußische Staat fürchtete, erheblich ins Wanken zu kommen, bewiesen die Maßnahmen der Regierung: Die Militärbehörde hatte alle Maßnahmen getroffen, um gegen die Friedensdemonstration der Berliner Arbeiterschaft in der ihr geeignet erscheinenden Weise gewappnet zu sein! Ein Gewerkschaftsbeobachter machte die Garde-Regimenter darauf aufmerksam, daß Sonntag „mittags und nachmittags“ demonstrative Vollversammlungen in der Holzstraße und in der Kreuzstraße Straße beobachtigt“ seien. Infolgedessen wurde den Soldaten der Garnison der Besuch der Hakenheide und der Kreuzstraße Straße „zu Polizeizwecken“ von 11 Uhr vormittags an verboten!

Im weiteren wurden — die Berliner Garnison befindet sich noch im Mausoleum — die Wachregeln bekannt gegeben, gemäß denen die zurückgebliebenen Truppenteile sich als konsigniert zu betrachten haben!

Die Geschäftssäimmer der Wachkommandos und Truppenteile waren von Sonntag vormittag 11 Uhr an „bereit zu halten“, und der Berliner Polizeipräsident war erachtet worden (da auch der kommandierende General des Gardekorps sich im Mausoleum befindet) etwaige Requisitionen unmittelbar an den Gouverneur von Berlin, den Generalstabschef und Generaladjutanten des Kaisers, Herrn von Hahn, gelangen zu lassen!

Solche Aufmerksamkeit länden die Friedenskundgebungen der Arbeiter und das gibt erst der Friedenskunde der herrschenden Klassen das richtige Relief.

Neben die Massenkundgebung am Sonntag wird uns berichtet:

Berlin, den 20. September 1908.

Seitens war wohl in der Berliner Hofreitschule eine so umfangreiche Menschenmenge zusammengetroffen als heute, wo es gilt, in einem der größten Säle Berlins, die englischen Arbeiters Delegierten zu empfangen, die den deutschen Arbeitern im Namen der Arbeiter Großbritanniens eine

Friedens-Adresse

überbrachten. Bereits gegen 9 Uhr vormittags flutete, vom schönsten Herbstwetter begünstigt, eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge nach dem Saale der Neuen Welt. Eine große Polizeimacht zu Fuß und zu Pferde unter dem Kommando mehrerer Polizeioffiziere, welche sie in so großer Zahl selten wohl in Berlin zu beobachten war, hatte die Hofreitschule vom Ausgang der Blücherstraße ab bis zu den Nymphenburger Grenzen dicht besetzt.

Man bemerkte viele sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Gewerkschaftsführer, außerdem war der sozialdemokratische belgische Abgeordnete A. J. E. Gent erschienen. Die Abgeordneten Singer und Abel waren nicht anwesend. Singer war vom Parteitag aus Nürnberg noch nicht zurückgekehrt.

Kurz vor Eröffnung der Versammlung erschien ein Polizeioffizier von einem Schuhmann begleitet. Die Beamten wurden von der Menge mit ironischem Beifall empfangen.

Kurz nach 12 Uhr mittags erschien der Vorsitzende der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Legien, Berlin, die Verhandlung. Er begrüßte die englischen Delegierten und Ansiede. Auf die heutige Versammlung, in der sich die englischen und deutschen Arbeiter die Hand reichen und die Versicherung geben, daß keinerlei Ursache zur Zuteilung zwischen ihnen besteht, blieben die Arbeiter der ganzen Kulturreich. Heute wollen die englischen und deutschen Arbeiter protestieren gegen die Kriegsherrschaft der herrschenden Klassen und aussprechen, daß zwischen den Arbeitern auf dem ganzen welten Ebenen das herzlichste Einvernehmen herrsche und daß sie keinerlei Ursachen haben, sich gegenseitig in einem Kriege zu zerstreuen. Die heutige Demonstration sei um so wichtiger, da sie ausgeht von den organisierten, und zwar den politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Deutschlands und Englands. Die Anläufe einer solchen Kundgebung haben sich bereits vor nunmehr 44 Jahren, am 28. September 1864, in London geltend gemacht, als von Marx und Engels die „Internationale Arbeiter-Affoziazion“

gegründet wurde. Damals befanden sich die Arbeiterorganisationen in ihren ersten Anfängen. Heute gibt es 5881000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in Europa, davon 2250000 in England und 2160000 in Deutschland. (Stürmischer Beifall.) Genossen und Genossinnen: Das ist eine Macht, die hinter der Friedensidee steht, mit der die herrschenden Klassen rechnen müssen. Wenn welt über 8 Millionen Arbeiter in England und Deutschland protestieren gegen die chauvinistischen Hysterien der herrschenden Klassen, dann werden sich die Machthaber es wohl überlegen, ehe sie einen Krieg zwischen den beiden großen Kulturrößen Europas entfachen. Hoffentlich wird diese Kundgebung dazu beitragen, daß den chauvinistischen Hysterien darunter ein Ende bereitet werde. (Stürmischer Beifall.) Bei uns in Deutschland ist man gewöhnt, daß die Behörden die Kundgebungen der Arbeiter schwertreiben. In dem Weg liegt. Diese machtvolle Kundgebung konnte man nicht verhindern. Dafür hat man aber eine Polizeimacht aufgeboten, wie sie wohl selten dagewesen ist. (Rufe: „Psuh!“) Ja, man hat sogar das Militär, soweit es nicht im Mausoleum im marschbereit gehalten. (Hört, hört!) Ich bedauere nur unsere armen Brüder im Waffenrock, daß sie an diesem schduen Sonntag nicht aus der Kaserne gehen dürfen. (Fragt endlich eine Urkunde zu solchen Maßnahmen liegt gewißlich nicht vor. (Sehr richtig!) Aber man will den Engländern zeigen, daß Deutschland eine Polizei- und Militärmacht ist. Unsere Kundgebung wird dadurch nicht geschadet. Tausende und Abertausende von Arbeitern und Arbeitersinnen sind in diesem Fleischsaal versammelt und eine noch bedeutend größere Zahl steht im Garten und auf der Straße, weil sie keinen Einloch finden. Die Arbeiter Englands erheben nicht nur Protest gegen den Krieg, sondern auch gegen die militärischen Rüstungen, deren unendliche Kosten das Volk aufzutragen muß. Wir erheben Protest gegen den Kapitalismus, den Militarismus und Marxismus. Ich habe Ihnen zweifel, daß unter heutigen Verhältnissen in der ganzen Kulturreich einen möglichen Kriegsbeginn finden werden. Wir müssen den herrschenden Klassen und ihren verbrecherlichen Absichten einen unüberwindlichen Widerstand entgegensetzen. Dann wird der Krieg Großbritanniens die organisierte Arbeiterschaft jenseit. (Stürmischer Beifall.)

Es nahm hierauf das Wort mit stürmischen, nicht enden-wollenden Beifall begrüßt der Präsident der Internationalen Friedsgerichtshilfe, F. Maddison-London. Er führte aus: Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, nach Deutschland und den deutschen Arbeitern im Namen der Arbeiter

zu überbringen. Die Arbeiter Englands und Irlands, gleichwohl welcher politischen Partei oder Gewerkschaftsvertretung sie angehören, wollen mit Deutschland in Freiheit leben. (Stürmischer Beifall.) Die Friedensadresse zählt welt über 3000 Unterschriften von Arbeitern Englands, allen politischen Parteien und Gewerkschaftsvertretungen angehörend. Hätten wir nicht Zeit gesparten zu verdoppeln. Die Engländer haben nur kapitalistische Arbeiter vertriebenen den Krieg, aus dem nur die herrschenden Klassen Nutzen ziehen können. Die Arbeiter würden aber Großbritannien uns hierher gejagt, um den deutschen Arbeitern zu versichern, daß wenn auch die herrschenden Klassen ihre Freiheit den Verlust machen, Deutschland und England zu verhängen, und zum Kriege zu treiben, die englischen Arbeiter die

Arbeiter Deutschlands als ihre Brüder betrachten, gegen den Krieg zu protestieren, da sie wissen, daß jeder Krieg die Errungenschaften der Kultur auf Jahre hinaus zerstört. Nicht die Furcht vor einem Kriege hat die englischen Arbeiter veranlaßt, uns mit einer Friedensadresse hierher zu senden, sondern Gründe der Menschlichkeit. Wir wollen mit unseren deutschen Brüdern gemeinsam eine Kundgebung für den Weltfrieden veranstalten. (Stürmischer Beifall.)

Eduard Bernstein, der alle Reden vom Englischen ins Deutsche und aus dem Deutschen ins Englische übersetzte, verlas darauf auch in deutscher Sprache die Friedensadresse.

Schon in früheren Jahren, heißt es in der Adresse, sind Kriege von Monarchen und Staatsmännern aus Unlos von Intrigen, religiösem Haider und Verhetzung, persönlichen und Staatsrätselgegnern, Rassegegenüfern u. v. unternommen worden. Heute werden Kriege in der Hauptssache aus kapitalistischem Interesse geführt. Viele Jahre ist es den herrschenden Klassen gelungen, die Arbeiter Englands und Frankreichs gegenüber zu verhängen. Es ist schließlich ein internationaler Vertrag zustande gekommen, der die Neutralität des englischen Parlaments erhalten hat, wonach der Friede zwischen England und Frankreich dauernd gesichert ist. Wir glauben, so etwas schließt die Adresse, daß mit geringen Ausnahmen Monarchen und Staatsmänner wirklich danach streben, die Kriege zu vermeiden, obwohl man sündbare Furcht über die besten Mittel und Wege zur Erhaltung des Friedens laut wird. Über was auch immer die Ansicht der Herrschenden sein möge, die Erzengeren des Wohlstands haben alle Ursache, Streitigkeiten beizulegen, ohne einander zu bekämpfen. Sie sind nicht schuld an den Zwistigkeiten der Nationen, aber sie haben die Kriegskosten zu bezahlen und ihr Blut zu vergießen. Wir haben mit den Arbeitern Frankreichs einen Friedensvertrag geschlossen. Warum soll dieser Vertrag zur gegenseitigen Verbrüderung nicht auf euch ausgedehnt werden? Wie wollen uns zusammenschließen und dem Verlangen Ausdruck geben, daß an Stelle des Krieges das

#### Schiedsgerichtsverfahren

treten soll. Dann wird der verberhliche Einfluß der Ausbeuter und der Verbreiter blinden Lärm und ihrer Organe geschwächt werden. Es wird dann keine Gefahr mehr vorhanden sein, daß der Friede Europas gebrochen werde. Wenn dieser Vertrag geschlossen sein wird, dann werden wir nicht mehr Millionen für die Kriegserziehung aufzugeben haben und dann wird unser Besuch ein

#### Triumph

für die Arbeiter Großbritanniens und Frankreichs werden. Wenn ich auch nicht einen ausdrücklichen Auftrag habe, im Namen der französischen Arbeiter zu sprechen, so bin ich überzeugt, die Arbeiter Frankreichs werden gern dem Bündnis, das wir heute schließen wollen, beitreten. Wenn dies aber geschieht, dann bilden wir eine Kette, die unzerbrechbar ist und die den herrschenden Klassen ihre Kriegsgläste verleidet werden. Die Adresse schloß mit der Aufrufordnung an die deutschen Arbeiter, den englischen Arbeitern einen Gegenbesuch zu machen. (Stürmischer Beifall.)

An Stelle des noch in Nürnberg weilenden Abgeordneten

Singer nahm dann Abgeordneter Richard Hirsch, Berlin, das Wort. Er begrüßte die englischen Delegierten und beriefte, daß gestern der sozialdemokratische Parteitag im

Sinne der englischen Friedensadresse einen Beschluss gefaßt habe. Das, was in der Adresse zum Ausdruck kommt, berührt die deutsche Volkssele. Fürst Bülow, der noch vor drei Jahren den größten Freunde Deutschlands, dem Abgeordneten Jaures eine Friedensrede in Berlin nicht gestattete, war jetzt genötigt, der Interparlamentarischen Konferenz die Pforten des Reichstags zu öffnen, um eine Friedenskundgebung vor sich gehen zu lassen. Man war aus diesem Grunde genötigt, den englischen Freunden das Recht in Berlin zu gestatten, man konnte allerdings nicht unterlassen, Polizei und Militär zu alarmieren. Die deutschen Arbeiter wissen seit langem, daß ihre Feinde nicht im Auslande sind. Die Feinde des Proletariats sind die kapitalistischen Ausbeuter hüben und drüben. Die Arbeiter aller Kulturreichungen haben ein gemeinsames Interesse, das ist, die Ausbeuter zu bekämpfen, die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen, allem Lohnherrschaft ein Ende zu machen und gerechte, menschenwürdige Zustände zu schaffen. Die herrschenden Klassen sagen: Der Weltmarkt ist gefährdet. Deutschland habe auf dem Weltmarkt nicht den genügenden Platz an der Sonne. Daher die lächerlichen Kreibereien des Deutschen Zollvereins und des Alldeutschen Verbandes. Wie wenig diese Behauptungen begründet sind, beweist die Tatfrage, daß Deutschland jährlich für 1½ Milliarde Mark nach England und England über 900 Millionen Mark nach Deutschland exportiert. Angesichts dieser Tatfrage liegt es gewiß im Interesse der Aufrechterhaltung unserer Kultur, den Frieden zu bewahren. Der Redner berief sich auf Schiller, besonders auf die Göttin, und erinnerte daran, daß im Deutschland der größte englische Dichter, Shakespeare, gefeiert werde. Zwischen zwei Nationen, die so enge Beziehungen in Handel und Verkehr, in Kunst und Wissenschaft haben, dürfte es niemals zu einem internationalen Konflikt kommen. Er ersuchte, folgender

#### Erklärung

anzustimmen: „Die in den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei organisierte Arbeiterklasse Berlins begrüßt die Delegation der englischen Arbeiterklasse auf das herzliche und nimmt die von ihnen überbrachte Adresse als Ausdruck der brüderlichen Solidarität entgegen. In voller Übereinstimmung mit dem Beschuß der politischen Vertretung der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands erklärt sie:

das gemeinschaftliche und verbrecherliche Treiben bestimmter Kreise, zwei Autokraten wie das englische und deutsche gegenüber zu verhehen und zum Kriege aufzutreten, dient nur den engberigistischen und fasischistischen Interessen der ausbeuternden und herrschenden Klassen. Es steht im schroffen Gegensatz zu

der Erfahrung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, die durch die englische Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind. Wegen des Opfers an Gut und Blut, die jeder Krieg in erster Linie den werktätigen Massen aufzuerlegen pflegt und der ungeheuren materiellen und kulturellen Schädigungen, die er für die Gemeinschaft des Volkes mit sich bringt; wegen der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Krieg in sich birgt, verpflichtet sich die heutige Versammlung entsprechend der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart, Hand in Hand mit der englischen Arbeiterklasse mit allen in Betracht kommenden Mitteln dahin zu wirken, daß der chauvinistische Geist überwunden und der Frieden gesichert sei.“

Es nahm dann das Wort der Präsident des Gewerkschaftskongresses, D. G. Shackleton. Dieser führte aus,

die Rebe, die der Reichskanzler Fürst Bülow auf der parlementarischen Konferenz zu der Friedensfrage gesprochen habe, habe auf ihn und wohl alle Zuhörer einen tiefen Eindruck gemacht. Es sei kein Zweifel, daß die Rede in England eine mächtige Widerhall finden werde. Der Redner betonte in weiteren die Notwendigkeit, die ungeheuren Ausgaben für ihre Absicht mit dem Worte „Patriotismus“. Auch er ist (Stürmischer Beifall.) Fehler haben alle Menschen des Britischen Reichs. Einzelne Nationen in der heutigen fortgeschrittenen Zeit sei es nicht blutigen Krieg zu entscheiden. Ganz besonders sollten die Deutschen und Engländer nicht vergessen, daß sie eines Versammlung dazu beitragen werde, den internationalen Frieden für alle Zukunft zu sichern. (Stürmischer Beifall.)

Der Sekretär der General-Federation der Gewerkschaften, W. M. Appleton, versicherte, daß die General-Federation die 700 000 Mitglieder zähle, und auch die 100 000 ausländischen englischen Eisenbahner den Frieden wollen und danken den deutschen Arbeitern ihren Brudergruß entrichten. Die Arbeiter Englands wollen nicht auf dem Felde des Krieges, sondern auf dem Gebiete der Arbeit, Kunst und Wissenschaft mit den anderen Nationen um die Palme des Sieges kämpfen. Die englischen Arbeiter wissen, daß nur durch den Frieden der Wohlstand der Völker gefördert werden kann. (Stürmischer Beifall.)

Der Präsident des Genossenschaftskongresses, J. E. Allen begrüßte die Versammlung im Namen der englischen Genossenschaften und gab die Versicherung, daß auch die Mitglieder der englischen Genossenschaften, die nicht nur aus Arbeitern bestehen, die Idee des Weltfriedens auf das Herz gelegt. In England sei nur die Kapitalistensklave für den Krieg. Diese müsse entthronen werden. Das Wohltrauen in den Nationen müsse aushören. Der Gedanke müsse die Seele des Kulturs gefördert werden können. (Stürmischer Beifall.)

Im Garten und auf der Straße standen Tausende und aber Tausende, die im Saale keinen Einloch mehr fanden, deshalb der Vorsitzende legte den Vorschlag vor, die Versammlung im Saale zu schließen und sie unter freiem Himmel fortzuführen. Um sich der ungeheuren Menschenmengeständlich zu machen, waren zwei Tribünen errichtet, auf den der Sekretär des Biographenverbands, Parlamentsmitglied Kelle, der Sekretär des Kanal- und Erdarbeiter, Parlamentsmitglied Ward, und der Präsident des Verbands der Schuh- und Stiefelarbeiter, Freck, sprachen. Die vor Höhe beantragte Erklärung wurde von der Versammlung unter freiem Himmel angenommen.

Um 3 Uhr nachmittags begann im Verbundshaus der Girsch-Dunderlichen Gewerkschaften in der Greifswalder Str. eine ebenso nach vielen Tausenden zählende Versammlung. Dort wurden die englischen Delegierten, die die Friedens-Adresse überbrachten, ebenfalls mit stürmischem Beifall begrüßt. Die Versammlung führte ebenfalls eine der Friedenskonferenz entsprechende Erklärung.

## Deutsches Reich.

600 Millionen.

Der Reichsbahndirektor Sybowski hat nun seine Steuerpläne der Blockparteien und des Zentrums in die Steuerpläne eingeweiht. Der Einfluß soll allgemein verschärft werden. Es soll schon jetzt für so gut wie sicher gelten, daß dieses Steuerkonglomerat im Reichstag keine Mehrheit finden wird. Wenn auch vorläufig von der Deffentheit noch geprüft werden kann, inwieweit die Auflösung der Engelsgruppe berechtigt ist, so würde man doch das allgemeine Wohltrauenständlich finden, wenn die Angaben über die Syndikale klar, die jetzt in der östlichen Volkszeitung veröffentlicht werden, wirklich aus den Kreisen der Wissenden stammen.

Wie das genannte Blatt berichtet, sollen von der Regierung Anschläge in nach wie dagegenwesener Höhe zu Steuerzahler gestellt werden. Es kommen nicht weniger als 600 Millionen zusammen, die durch neue Steuern aufgestockt werden sollen. Ein erheblicher Teil würde allerdings für Erziehung und Kultur sein und der Rest für die Sozialversicherung. Wenn auch vorläufig die Auflösung der Engelsgruppe berechtigt ist, so würde man doch das allgemeine Wohltrauenständlich finden, wenn die Angaben über die Syndikale klar, die jetzt in der östlichen Volkszeitung veröffentlicht werden, wirklich aus den Kreisen der Wissenden stammen.

Wie die genannte Blatt berichtet, sollen von der Regierung Anschläge in nach wie dagegenwesener Höhe zu Steuerzahler gestellt werden. Es kommen nicht weniger als 600 Millionen zusammen, die durch neue Steuern aufgestockt werden sollen. Ein erheblicher Teil würde allerdings für Erziehung und Kultur sein und der Rest für die Sozialversicherung. Wenn auch vorläufig die Auflösung der Engelsgruppe berechtigt ist, so würde man doch das allgemeine Wohltrauenständlich finden, wenn die Angaben über die Syndikale klar, die jetzt in der östlichen Volkszeitung veröffentlicht werden.

Damit auch der Besitz von den neuen Steuern erhöht wird, soll außer der schon bestehenden Reichssteuer, das heißt einer Steuer auf die einzelnen Erbansprüche, der bisher bei Erbansprüchen der Kinder und Ehegatten nicht unterworfen waren, eine Nachlaßsteuer von allem hinterlassenen Vermögen abfallen. Nachlaßsteuer soll ein hoher Betrag sein, nämlich 120 Millionen Mark jährlich bringen, wenn man noch einen unvermeidlichen Verbrauchsabzug in Betracht zieht. So mit verbreitert, vielleicht verdeckt werden!

Als Auskunft für diese Belastung des Konsums der beiden Volksmassen sollen auch „Zug zu Steuern“: eine Steuer auf Gas und Elektrizität, beide zusammen mit einem Betrag von etwa 70 Millionen Mark jährlich, eingeführt werden.

Damit auch der Besitz von den neuen Steuern erhöht wird, soll außer der schon bestehenden Reichssteuer, das heißt einer Steuer auf die einzelnen Erbansprüche, der bisher bei Erbansprüchen der Kinder und Ehegatten nicht unterworfen waren, eine Nachlaßsteuer von allem hinterlassenen Vermögen abfallen. Nachlaßsteuer soll ein hoher Betrag sein, nämlich 120 Millionen Mark jährlich bringen, wenn man noch einen unvermeidlichen Verbrauchsabzug in Betracht zieht. So mit verbreitert, vielleicht verdeckt werden!

Außerdem soll noch zur Deckung des 88 Steueraufschlags auf Zucker im Betrage von 2 Mill. pro Kilo, neider Reichssteuer einen Aufschlag von etwa 40 Millionen Mark jährlich vereinbart werden, eine Interessentreuer (Konsumenten- oder Importsteuer) eingeführt werden, in Höhe von etwa 60 Millionen Mark, und auf diese Steuer wieder beladen grobe Erhebungszölle erhoben werden.

Es ist, wenn man diese Zusammenstellung näher betrachtet, verständlich, daß die Deutschen die Aufnahme der Steuern

Blätter durch die Parlamentarier als sehr fühlbar empfinden. Sie erfreuen haben will, habe es allgemein gehabt: daß der Reform jeder große Zug fehle und daß man bei Eintritt gewonnen habe, man wolle eben 500 Millionen Mark neue Steu-



**Beste Garantie,** das allbewährte, garantiert rein amerikanische Petroleum der **Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft**

zu erhalten, hier  
der Name

886

# DAPOL.

Unter der gesetzlich geschützten Bezeichnung

**DAPOL** verkauft die **Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft**



ihr

garantiert rein amerikanisches Petroleum,  
das sich seit Jahrzehnten bestens bewährt hat.

**DAPOL**

ist von stets gleichbleibender guter Qualität und schließt schlechtes Brennen oder Russen der Lampen vollständig aus.  
Man fordere deshalb nur:

und achtet auf das hier abgebildete Plakat.

**DAPOL**



DEUTSCH-AMERIKANISCHE PETROLEUM-GESELLSCHAFT

## Steinarbeiter

Mittwoch den 23. September, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Volkshaus

## Grosse Versammlung

Tages-Ordnung:

Die Zusammenlegung der Zahlstellen Dresden mit dem Elbgebiet.

Sonstige gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Die Kollegen werden erachtet, recht zahlreich und plausibel zu erscheinen. Es ist das unbedingt notwendig, weil die Arbeitsigkeit bei den Brüdern verhindern entsteht.

Die Ortsverwaltung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

## Gewerkschafts-Kartell Dresden.

Mittwoch den 23. September, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im großen Saale des Volkshauses

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Errichtung eines Zentral-Arbeitsnachweises für die Kreishauptmannschaft Dresden.

(Siehe hierzu den Statutenentwurf, abgedruckt in der 2. Bilage Nr. 207 der Dresdner Volkszeitung.)

2. Vereinsangelegenheiten. Bericht der Kinderarbeits-Kommission.

Nach den Kartelldelegierten sind die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften und die Leiter der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise zu dieser Versammlung hiermit eingeladen.

Der Vorstand.



Mittwoch den 23. September, in den Räumen des Trianons  
(Schützenplatz und Ostraallee)

## IV. Stiftungs-Fest

bestehend in Konzert, Reigenfahren und Ball.

Einfass 7 Uhr.

Aufzug 8 Uhr.

Ende 3 Uhr.

Der Vorstand.

Zahlreichen Besuch erwartet.

NB. Wegen Renovation obigen Lokales musste das Vergnügen vom 16. September auf den

23. September verlegt werden.



Wortzeit: Montagabend von 8 bis 10 Uhr und 3 bis 6 Uhr, Dienstag von 7 bis 9 Uhr abends.

Zeigen der gebräuchlichen Gemeinschaft von Weißschule und Umgebung ergeben sich, daß wir das

### Restaurant zum Amselgrund

der Frau beruht. Schmid häufig übernommen haben und bitten, daß der

Brat-Schmid geschenkte Vertrauen und Wohlwollen auch auf uns zu übertragen.

Hochzeitstag Hermann Kusatz und Frau

Restaurant zum Amselgrund, Weißschule.

### Bürger-Schänke

Palmstrasse 1 eine Minute vom Postplatz.

Jeden Dienstag von abends 1/2 Uhr an

### Grosses Gänse-Essen

mit Rotkraut und Kartoffeln.

Nur grosse Portions 4 85 Pf.

### Consum-Verein

Wir luden vor 1. November eine Flotte

### Verkäuferin

Offenen sind täglich bis zum

24. September einzutreten.

### Die Verwaltung.

Ein Wiederholung m. Abzugnahme ist erlaubt.

Es werden nachgefragt.

Ein Rad ist gebunden.

Den - Weißschule Nr. 20 d.

### Gruppe Deuben u. U.

Mittwoch den 23. September, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Hotel zu Niederschlesisch Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Über die verfehlte Geschlechtsbestimmung. Referent: Dr. Wolf. 2. Bericht aus der Zeitungsredaktion. 3. Allgemeines.

Zahlreichen und plausiblen Besuch erwartet.

Die Verwaltung.

Unterricht und Lehrgang 1.50 Mr.

Schulischer Unterricht steht entgegen.

Deutscher Arbeiter-Sport-Bund (Ortsgruppe Dresden).

## Gewinnliste

von der Warenverlosung des Turnvereins Dresden am 20. September 1908.

2	5	23	38	45	47	51	54	59	62	63	68	72	74	85	86	95	98	10
113	115	118	120	125	130	169	194	197	201	217	218	225	229	232	235	238	242	245
238	244	245	249	261	266	270	282	316	317	323	324	329	332	335	338	341	344	347
346	354	355	356	360	363	368	377	380	383	384	386	389	391	394	397	399	401	403
403	410	417	421	422	428	430	441	454	459	474	478	480	484	487	491	495	497	499
504	506	507	511	512	517	518	519	523	532	541	544	547	550	553	556	559	562	565
569	571	577	582	590	592	601	608	611	624	626	628	631	634	636	638	640	642	645
647	654	657	668	678	684	690	698	701	711	712	715	716	719	722	725	728	731	734
731	743	744	747	748	756	760	762	764	771	772	780	788	791	794	797	799	801	803
798	799	804	806	810	821	822	825	828	832	833	834	836	840	842	844	846	848	849
842	856	862	874	875	881	891	902	908	914	915	919	923	927	931	935	938	941	942
956	960	961	962	968	970	973	978	985	995	1010	1012	1020	1025	1030	1035	1040	1045	1050
1028	1040	1042	1043	1044	1068	1080	1088	1096	1106	1107	1108	1117	1123	1131	1134	1136	1140	1142
1098	1107	1108	1109	1108	1117	1118	1123	1131	1134	1136	1140	1148	1152	1156	1160	1164	1168	1172
1145	1154	1160	1168	1176	1184	1191	1193	1194	1196	1198	1200	1204	1208	1212	1216	1218	1222	1224
1206	1211	1218	1225	1231	1238	1241	1243	1253	1254	1255	1256	1257	1261	1265	1268	1271	1274	1277
1267	1289	1293	1294	1308	1309	1310	1311	1312	1313	1314	1315	1316	1317	1318	1319	1320	1321	1322
1322	1324	1325	1334	1335	1345	1346	1350	1351	1353	1354	1355	1356	1357	1358	1359	1360	1361	1362
1361	1365	1367	1378	1374	1379	1384	1387	1392	1395	1398	1400	1402	1405	1408	1410	1412	1414	1416
1440	1451	1453	1460	1470	1477	1482	1485	1492	1498	1500	1502	1504	1506	1508	1510	1512	1514	1516
1526	1529	1539	1544	1549	1550	1551	1552	1553	1554	1555	1556	1557	1558	1559	1560	1561	1562	1563
1574	1579	1582	1604	1606	1612	1617	1621	1626	1627									







heutigen Brauch die Verweisung unproduktiver Ausgaben, „insbesondere für Schulbauten“, auf Unleistungsmittel vermieden wird. Die soziale Vorlage stimmt dem zu, nur er scheint ihr der Zeitpunkt für diese wichtige Änderung jetzt nicht günstig. Wie man es machen könnte, darüber wird folgendes ausgeschaut: 1. Man nimmt den technischen Betrieb ihre Erweiterungsfonds und verrechnet sie auf die Inanspruchnahme der Anteile. Dagegen bildet man aus den übrigen Fonds einen gemeinsamen Fonds zur Besteitung unproduktiver Ausgaben, insbesondere zur Errichtung von Unfall- und Vollschulgebäuden. Ein solcher Schritt wäre mehr als ein bloßer Rechtemispiel. Vielleicht würde es nicht ohne Nutzen für den Kursus sein, wenn deren Prophete der künftigen städtischen Anteilen hin, wenn deren Prophete erkennen ließen, daß sie im wesentlichen für werbende Unternehmen aufgenommen werden; allein die Soziale hat auch ihre Bedenken. Es ist nun einmal Erfahrungstatsache, daß vorhandene Fonds für unproduktive Zwecke viel leichter ausgegeben werden, als Mittel, die erst durch Darlehensaufnahme beschafft werden müssen. Auch auf die Entwicklung der Werke würde die Entziehung des Fonds, die von jenseits eines freilichen Regulators für die Durchsetzung von Erweiterungswünschen abgegeben haben, kaum günstig wirken. Diese Bedenken scheinen weit schwerer wiegend, als die mit der Neuerung verbundenen Vorteile. 2. Man kommt einen Fonds (Schulbaufonds) an. Vorwegsage hierbei ist freilich, daß die städtischen Körperschaften bei Verminderung von Einnahmen über das unmittelbare Bedürfnis des städtischen Haushaltes für das laufende Jahr um den Betrag hinausgehen, der dem Fonds zugeschüttet werden soll. Daß der Betrag im übrigen recht wohl passbar ist, beweist das Beispiel zahlreicher, insbesondere preußischer Städte. Das schwierigste dabei ist jedenfalls der erste Schritt, und dies ganz besonders zu einer Zeit, in der die Einnahmen des städtischen Haushaltes bereits auf das äußerste angepaßt sind und die im Budget jede Elastizität fehlt. — Später wird dann der Vorschlag gemacht, den Extrakt der einzuführenden Wertzuwachsteuer nur bis zu 300 000 M. dem Haushaltsertrag zu überweisen, im übrigen aber ihn zu einem Schulbaufonds anzunehmen.

In den „leitenden Gesichtspunkten“ für die Balanceierung des Haushaltplanes durch Vermehrung der Einnahmen wird ausgedrückt, daß man nicht nur auf Erhöhung bestehender Steuern, sondern auch auf neue Steuern zurückkommen müsse.

Es darf dabei die positive Mitarbeit „von seiner Seite verlangt“ werden. Das städtische Budget ruht bisher in seinen Einnahmen auf drei Steuertypen: der Einkommenssteuer, der Grundsteuer und den wegfallenden Eingangsabgaben.

Gelingt es nicht, für erhöhte Einnahmen aus anderen Quellen die nötige Mehrheit in den städtischen Körperschaften zu gewinnen, so wird nichts übrig bleiben, als den Ausgleich bei der Grundsteuer und der Einkommenssteuer zu suchen.“ Das wäre wohl das einfachste und gerechteste neuen Einführung der Wertzuwachsteuer. Die städtische Verwaltung sieht jedoch große Abneigung gegen eine wesentliche Erhöhung der Einkommenssteuer zu haben. Die Vorlage sagt ausdrücklich, es sei ganz ausgeschlossen, daß das nötige Geld „vorwegend durch die Besteuerung der Wohnabenden“ aufgebracht werden könne.

Es müsse jeder „zu seinem Leite“ dazu beitragen. Da kommt es freilich sehr darauf an, was man unter diesem „Leite“ versteht. Ganz unangenehm sieht uns die Vermerkung, daß das neue Stadtverordnetenwahlrecht den „unteren Schichten ein größeres Mitbestimmungsrecht“ gebracht habe.

Die „Mitbestimmungsrecht“ wäre jedenfalls unter dem alten Wahlrecht viel größer und den Beschlüssen entsprechender geworden. Das neue Wahlrecht ist ja ganz abridlich darauf zusätzlichen, festzulegen, zu vermeiden. Also nur keine Klausen! Man muß zugestehen, daß in der Vorlage die Steuerrechte recht gründlich betrieben wird, sowohl neue Steuern in Betracht kommen. Insbesondere seien die Steuern erwähnt, die nicht eingehalten werden sollen: Erhöhung einer Steuer von umherfahrenden Großhändlern, Steuer auf Fuhrwerk (Automobile, LKW), Wagen und wieder Plakatsteuer, Fahrradsteuer, Metallsteuer, Schankconcessionssteuer, sowie — Raten- und Tagesgeldsteuer. Alle diese Steuern lehnt die Vorlage nach längeren Erwagungen ab, ebenso die Erhöhung der Bürger- und Gewerbeesteuer. Da dieser Standpunkt auch der unsere ist, brauchen wir uns bei diesen negativen Erörterungen nicht weiter aufzuhalten. — Hier müßten wir gleich noch eine Nachbemerkung zu unserem ersten Artikel vom Sonnabend machen. Herr Stadtrat Dr. Koch befürchtet, daß nach dem Regulat der indirekten Steuer eine Billigung der fraglichen Artikel nicht oben nicht in entsprechenden Wegen eintreten werde. Und er meint dann: „Jimmerhin sollte n i g a s unverhohlen bleiben, den Konkurrenz zu entziehen, welche durch Aufhebung der Eingangsabgaben entsteht, zugunsten von zu lassen. Nicht nur, daß sie wohl den größten Teil dieser Abgaben abgetragen haben, sie werden auch in wesentlichen den Abfall, der die Stadtgemeinde an Einnahmen entzieht, aus ihrer Tasche zu decken haben. Vielleicht ist auf diesen Gebiete durch ein mittiges Vorgehen der Konkurrenz und durch den Druck der öffentlichen Meinung doch manches zu erreichen. Und wenn die Stadtverwaltung in der Lage sein sollte, ein solches Vorgehen zu erleichtern und zu unterstützen, so wird sie dies ohne Bedenken tun können.“

Die Konkurrenten werden sicher die hier in Aussicht gestellte Besteuerung gern akzeptieren. Um übrigens haben wir schon früher dargelegt, wie die Dinge in dieser Hinsicht liegen. Bei Weiß, Brot und Backware! — den bedeutsamsten Artikeln (1905: 871 137 M. Brünnchen) — wird die Verbilligung um den Betrag der Steuer jedenfalls sofort eintreten. Und nun zu den positiven Vorschlägen.

Die Vorlage untersucht ob nicht die Einnahmen aus den städtischen Betrieben in höherem Maße als bisher für den städtischen Haushalt nutzbar gemacht werden könnten. Sie sind zwar bisher in steigendem Maße zur Deckung des städtischen Haushalts herangezogen worden. Durch Überfließung aus dem Gas- und Elektrizitätsverlusten wurden im Jahre 1902 19, 1903 29,5 Prozent des Verbrauchs des städtischen Haushaltplanes gedreht, wobei der Verbrauch (1903 151 903) allerdings ausgeschlossen ist. Eine Erhöhung der Netzkosten wäre nur möglich durch eine Erhöhung der Gas- und Strompreise. Herr Koch lehnt aber ein solches mehr in der Richtung der Gas- und Elektrizitätspreise viel des Verbrauchs durch Verbilligung der Gas- und Strompreise liegt, als in einer Erhöhung der Preise, die leicht auf den Verbrauch einschließen würden kann. Ebenso erscheint die Erhöhung der Einnahmen aus Wassertank- und Verdampfungsaufwand, sowie aus dem Betriebe der Wassertanks unmöglich. Dagegen sieht er in den Wasserwerken ein recht günstiges Objekt. Bisher waren die Wasserwerke in Dresden nicht als werbende Unternehmen betrachtet worden und hatten keinen Überfluss an die Zuschläge abgeliefert. Daß Wasser als eines der notwendigsten Lebensbedürfnisse zu gelten hat, ist unterschiedlich sich Dresden in diesem Betrieb seines Wasserwerks bisher sehr vorteilhaft von anderen

Städten, die zum Teil recht bedeutende Überschüsse aus ihrem Wasserwert beziehen. Nach einer Umfrage des Dresdner Stadt-Wasserwerks betrug die Überschüsse von 2280 M. in Bremen, wo trotz schwachen die Überschüsse von 3184 786 M. in Berlin. Die Überschüsse sind also sehr verschieden groß, liegen aber zu der Bevölkerungszahl in einem Verhältnis. In großen Städten wie Dresden sind die Überschüsse gering, während sie in kleineren wie z. B. Karlsruhe bedeutend sind. In Nürnberg betrug der Überschuss 212 635 M. im Jahre 1906 und wird voll in den Etat eingefüllt. Auch der Wasserpriß ist dementsprechend sehr verschieden. Von 38 abhängen Städten über 10 000 Einwohnern haben 11 Städte einen Wasserpriß von 12 Pf. und darunter, eine Stadt einen solchen von 14 Pf., 12 Städte von 10 Pf., eine Stadt von 18 Pf., 10 Städte von 20 Pf., 3 von über 20 Pf. Bisher betrug der Wasserpriß in Dresden 12 Pf., in Nürnberg 10 Pf. Deshalb wird vorgeschlagen, den Preis des Wassers um 3 Pf. pro Kubikmeter, von 12 auf 15 Pf., zu erhöhen. Dabei würde man auf eine Mehreinnahme von etwa 500 000 M. kommen. Dieser Betrag soll einen Erweiterungsfonds für die städtischen Wasserwerke bilden und als solcher in diese Etat eingestellt werden. Der danach sich ergebende Überschuss würde in den städtischen Haushaltplan einzufallen sein.

Dann kommt die Straßenbahn an: „z' Reihe. Hier geht es aber nicht ohne recht umständliche Manipulationen ab, will man für 1910 Überschüsse für den städtischen Haushalt in Einnahme stellen können. Bestimmungsgemäß ist aus diesen Überschüssen ein Sonderfonds zur Unterhaltung zu bilden, zu dessen Füllung der Straßenbahnhöhe in Jahre 1910 noch herangezogen werden muss, daß er zur Einnahme in den Etat nicht verwendbar wäre. Um dies nun doch zu ermöglichen, wird vorgeschlagen, im Jahre 1909 die gesamte Straßenbahnhöhe dem Fonds zu überweisen, um sie von 1910 an für den städtischen Etat in Anspruch nehmen zu können. Natürlich entsteht dann im Etat für 1909 ein Loch. Das soll zugefügt werden, indem 1909 schon ein Teil der neuen Steuern erhoben wird. — Ein schöner Plan, der kaum verwirklicht werden kann, weil bis zur Fertigstellung des Haushaltplanes für 1909 keine neuen Steuern nicht unter Dach und Fach, zur Erhebung fertig sein werden. Herr Koch stellt aber trotz allem 300 000 M. Straßenbahnhöhe in seine Rechnung zur Deckung des Fehlbedarfs für 1910.“

Nun die Biersteuer! Wir haben bereits im vorliegenden Artikel erörtert, was die Vorlage darüber sagt. Hinzuzufügen hätten wir noch den Hinweis, daß die neue Reichsfinanzreform wahrscheinlich auch eine Erhöhung der Biersteuer bringt. Schon aus diesem Grunde wird man in Dresden nicht darauf zu kommen föhlen. Die Vorlage jedoch rechnet mit einem Rechtrabatt von 82 000 M. — Eins der ganz kleinen Mittel ist auch die Reform der Brüderlässe. Sie sind kaum erst — im vorliegenden Jahre — geändert. Deshalb würde man sich damit begnügen, die gewährte Ermäßigung auf Blodquittungen von 40 auf 20 Prozent herabzusetzen. Resultat: 28 000 M. Mehreinnahme.

#### Ein eigenartiger kommunaler Rechtsstreit

über eine Verjährungsfrage zwischen der Stadt Dresden und einem Grundstückseigentümer ist jetzt vor dem Oberverwaltungsgericht entschieden worden. Im Jahre 1875 wurde die Karlstraße in Dresden-Neustadt auf der Strecke von der Lieberstraße an bis etwa 50 Meter vor ihrer Einmündung in die Wasserstraße verlegt und die hierfür erforderlichen Kosten von den Anliegern gefordert. Einem von ihnen wurden nachträglich aus Billigkeitsgründen die Kosten, da der Hauptfeuerwehranbau vor dessen Grundstück nur zum kleineren Teil ausreichend werden konnte, „zurzeit“ nur zur Hälfte abverlangt. Im Jahre 1906 wurde die alte Schleuse umgebaut und gleichzeitig bis zur Wasserstraße verlängert. Der Rat forderte deshalb den betreffenden Eigentümer auf, den im Jahre 1875 gefundenen Betrag von 713 M., der nunmehr durch die Verlängerung der Schleuse fällig geworden sei, zu entrichten. Hiergegen erhob der Grundstückseigentümer Widerspruch, dem die Kreishauptmannschaft stattgab mit der Begründung, daß seinerzeit der Rekurrenz die Verjährung gehabt habe, auf die gesamte Frontlänge seines Grundstücks die vorgeschriebenen Spaltensummebeiträge zu zahlen. Daraus folge, daß er jetzt nicht erneut zu demselben herangezogen werden könne. Außerdem schlägt insoweit der Einwand der auch auf öffentlich-rechtliche Ansprüche anwendbaren Verjährung durch. Das Oberverwaltungsgericht hat dagegen die Anfeindungsklage der Stadt beachtet und den Grundstückseigentümer zur Zahlung verurteilt. In seinem Urteil stellt es zunächst fest, daß die Hälfte des Betrags des Grundstückseigentümers nur gestundert worden sei. Es ginge mit Deutschland aus den Worten „zurzeit“ her vor, daß der Rat an eine Verzögerung nicht gedacht habe. Sodann läuft es dahingestellt, ob die Grundstücke der Verjährung ausgetilten Gesetzgebung bis zu dem Zeitpunkte gehemmt war, wo die Stundungsurkunde abfiel. Das ergibt sich für die Zeit vor dem Jahre 1900 aus der Vorschrift im § 168 des Sachsen-Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach die Verjährung bei Verhandlungen erst von der Zeit an beginnt, wo die Leistung verlangt werden kann. Da nun im gegebenen Falle infolge der beispiellosen Nachlässigkeit die Zahlung der Schuld dem Grundstückseigentümer erst von dem Zeitpunkte ab angekommen werden durfte, wo die Schleuse vollständig an seinem Besitztum vorbereitet wurde, so begann bei entsprechender Anwendung jenes Paragraphen die Verjährung überhaupt erst im Jahre 1906, als die Weiterführung der Schleuse bis zur Wasserstraße erfolgte. Zu dem gleichen Ergebnis führt die nach Artikel 169 des Einführungsgegesetzes für die Zeit vom 1. Januar 1900 ab in erster Linie maßgebende Verfassung im § 202 Absatz 1 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs, nach der die Verjährung gehemmt ist, solange die Leistung gestundet ist. Solange dies der Fall ist kann und darf die Verjährungsfrist nicht laufen, weil es dem Gläubiger mit Rücksicht auf die erteilte Stundung unmöglich ist, seinen Anspruch auf die geschuldete Leistung mit Erfolg geltend zu machen.

#### Ein Glendosbild aus dem Klassenzimmer.

Von den sogenannten Wohltaten der Arbeiterversicherung kann der frühere Eisenwerksarbeiter Spangler aus Lichtenberg ein Liedchen singen. Der 50 Jahre alte Mann war bis 1904 im Lauchhammerwerk beschäftigt, muskte dann aber seine Arbeit einstellen, weil ein hartnäckiges Magenleiden einen allmäßlichen Kräfteverlust und ein hypochondrische Gemütsstimmung herbeigeführt hatte. Da ärztlicherseits die gängliche Erwerbsfähigkeit bescheinigt wurde, erhielt Spangler eine

Lebensrente. Da diese aber weder hin noch her lange, um ihr den Lebensunterhalt für sich und die Seinen zu befreien, ließ sich der Mann verleiten, nach leichterer Verdöpfung am Weinfehlereibetrieb mit Klatschspielen beschäftigt und damit pro Tag 1 M. Allerdings wurde ihm das Werkzeug rot, zuweilen mußte er tageweise aussetzen, damit Weise sein förmliches Einkommen um einiges erhöhen zu können. Die Herrlichkeit sollte indessen nicht lange währen. Eines Tages erfuhr nämlich davon die Landesversicherungsanstalt, die sofort eine ärztliche Untersuchung des Rentenempfängers anordnete und schließlich, da der Arzt nur eine Erwerbsfähigkeit von 50 Prozent gelten lassen wollte, die Entziehung der Rente auslöste. Nach dem Bescheid wird Invalidenrente nur gewährt, wenn die Erwerbsfähigkeit weniger als ein Drittel der normalen beträgt. Der Mann befand sich nun in einer um so schlimmeren Lage, als ihm, weil er wieder gearbeitet hatte, von der Pensionsträger des Lauchhammers auch die Pension entzogen wurde. Nun er auch die Beschäftigung, derer wegen man ihm keine und schlechter hat. Er versuchte es dann mit Jagdmetoden, bei jedoch das lange Sitzen nicht aus, worauf er seine Jagd auf und damit den ganzen Sommer über ca. 20 M. beschreite. Gegen den Rentenaufhebungsbeschluß legte Spangler Widerrede ein; er wurde darauf ins Krankenhaus eingewiesen und eingehend untersucht. Es wurde eine hochgradige Herzerkrankung festgestellt. Der Arzt sagte, es sei anzunehmen, daß Spangler noch ein Drittel des ortsüblichen Jagdslohnes verdient hätte, ob dies aber angesichts der besonderen Verhältnisse noch möglich sei, lasse er dahingestellt. Das Schiedsgericht für Arbeitsversicherung in Dresden hielt den Mann nicht mehr für fit, er erhielt 1 M. pro Tag bekommen habe, ein gleichartiger Arbeitnehmer der 2 bis 2,50 M. verdiente, mehr als ein Drittel des Durchschnittslohn erreicht habe. Seine Berufung wurde deshalb verworfen. Der Mann wird nun wahrscheinlich der öffentlichen Armenpflege anheimfallen.

#### Achtung, Polizei!

In nächster Zeit soll die Polizei neu eideinen. Die Änderungen sind bis 1. Oktober den Lokalmitgliedern bekannt oder Ernst Käte, Dresden, Rudolfstraße 25, zu erhalten. Gleichzeitig sei nochmal darauf hingewiesen, daß der Gasthof Goldenes Löfchen zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht.

#### Anzeigen über vermisste Personen

wurden bis jetzt nur in der Polizeiwache des Bezirks angezeigt, in dem die Person zuletzt gewohnt hatte. Um den Polizisten die Hilfe der Polizei wegen vermisster Personen einzurichten ist, Laufereien und Betriebsstätten auch in den Bezirken, hierzu geeigneter Polizei. Unternehmer, die gewohnt haben, über vermisste Personen häufig in jeder der fünf erlaubten nächstgelegenen Polizeiwachen angenommen werden müssen für die Anzeigegerüste, die sich zu gleicher Zweck in Polizeibüro einzufinden, erfolgt die Anzeigennahme in der Polizeiabteilung im Zimmer 37.

#### Pläne für Eisenbahnen.

Der Rat macht bekannt: Um auch für den Winter der Schuljugend Gelegenheit zur unentgeltlichen Fahrt von Eisenbahnen zum Schulungshaus zu geben, bedarf es der verschiedenen Stadtstellen, insbesondere auch in den Bezirken, hierzu geeigneter Plätze. Unternehmer, die gewohnt haben, von ihnen hergestellenden und zu unterhaltenden Bahnen für den angegebenen Zweck gegen entgegengesetzte Entgelte einzusteigen und zu unterhalten, können über vermisste Personen häufig in jeder der fünf nächstgelegenen Polizeiwachen angenommen werden müssen für die Anzeigegerüste, die sich zu gleicher Zweck in Polizeibüro einzufinden, erfolgt die Anzeigennahme in der Polizeiabteilung im Zimmer 37.

#### Selbstmord.

Erschossen hat sich in seiner Prager Straße 11 gekennzeichnet Wohnung der etwa 40 Jahre alte Kaufmann Begeer, der gegen Ende des bekannten Lampenfests W. Dewant, Prager Straße. Familienverhältnisse und finanzielle Schwierigkeiten sollen die Ursache des Selbstmordes sein.

**Berichtliche Nachrichten.** Sonnabend gegen 8 Uhr stand im Parterre des Holzlandhauses, 7 plötzlich ein Schuß. Durch die Fenster von Eisenbahnen zum Schulungshaus zu geben, bedarf es der verschiedenen Stadtstellen, insbesondere auch in den Bezirken, hierzu geeigneter Plätze. Unternehmer, die gewohnt haben, von ihnen hergestellenden und zu unterhaltenden Bahnen für den angegebenen Zweck gegen entgegengesetzte Entgelte einzusteigen und zu unterhalten, können über vermisste Personen häufig in jeder der fünf nächstgelegenen Polizeiwachen angenommen werden müssen für die Anzeigegerüste, die sich zu gleicher Zweck in Polizeibüro einzufinden, erfolgt die Anzeigennahme in der Polizeiabteilung im Zimmer 37.

#### Das neue Rathaus

soll im September 1910 seiner Bestimmung übergehen, die Benutzung genommen werden. Den Rathausleiter übergeben man schon ein halbes Jahr früher, am 1. April, zu einem Gegenwärtig ist der vom Rat bereits gewählte Rittermeister auf Reisen, um die Einweihung zu erlangen, unter denen die Eisenbahnen erwartet werden.

#### Wiss. der Umgebung.

**Dohna.** Dienstag den 22. September, abends 7½ Uhr, fand öffentliche Stadtwortordnungssitzung statt. Wichtige Tagesordnung: Aenderung des Wahlrechts für die Käste der unabhängigen Bürger, Aenderung des Landtagswahlrechts zugunsten der Bürgerschaft. **Dippoldiswalde.** Bürgerrechtserneuerung. Diejenigen zum ersten Mal in Dippoldiswalde, 7 plötzlich ein Schuß. Durch die Fenster war ein junges Mädchen regungslos am Boden liegen, die Waffe nach Kampfhalt umgedreht. Alle Augenblicke verharrte, in dem Mädchen tot bei. Über groß war das Gelämmen der Menschenmenge, als es den telefonisch herbeigerufenen Unfallwagen brachte. — Am Sonnabendabend wurde im Warenhaus des Käfers vereins-Vorwärts, Prinzenstraße, ein paar Minuten später im Bereich der Prinzenstraße, in der Nähe der Wallstraße, verunfallte ein radschlagender Arbeiter dadurch, daß die Säbel seines Radars brach, durch er zu Falle kam und sich im Gesicht und an den Händen verletzte. **Werdau.** Wählen darf aber nur, wer Bürger ist. Also, Arbeiter erwerbt das Bürgerrecht.

#### Berl. Wochenschriften für Dienstes.

6. Wahlkreis, Gruppe Löbau. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Bürgergarten. Männerabstimmungskarte. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Frauenverein. Abends 8½ Uhr Beiratssitzung der Tapezierer, Prinzipalstraße Dresden. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus.

# Der Parteitag in Nürnberg.

## 6. Verhandlungstag.

Nürnberg, den 19. September 1908,  
Vormittagssitzung.

Geyer:

Sitzet um 9 Uhr die Sitzung mit folgender Mitteilung: Es liegt die Erklärung des Genossen Engels vor, welche lautet: „Sehr die Mitteilung, welche ich dem Parteitag von einem Gespräch zwischen dem Parteigenossen Eichhorn und anderen Genossen gemacht habe, wurde ich nicht von dem Genossen Käppeler informiert, es ist als dessen Wunsch hiermit bestätigt.“ Die Erklärung geht in Protokoll.

Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung:

Die Reichsfinanzreform.

Hierzu gehört die Resolution 124.\*

Berichterstatter:

Geyer:

Ich will mich mit Rücksicht auf die beschrankte Zeit des Parteitags die gebrauchten Kurze beschließen. Mit der sogenannten Reichsfinanzreform wird ein frivoles Spiel getrieben, nicht allein auf die Geheimnißstuer mit den neuen Plänen, sondern auch sofern, als man seit vielen Jahren die Verteilung einer Reaktionierung der Reichsfinanzen agitatorisch ausgenutzt hat. Eine offizielle Reform der Reichsfinanzen könnte nur darin bestehen, daß gerechte Verteilung der Steuerlasten erfolgt. Heute werden die Hauptlasten den arbeitenden Massen aufgeworfen. Das ist nicht ungerecht, sondern auch unvölkisch. Der Massentumsum wird fortgesetzt durch indirekte Steuern um hunderte von Millionen lastet. Wenn einmal eine große Summe indirekter Steuern vorschlägt wurde, so wurde die Frage der Finanzreform zurückgestellt, bis die Not drängte, und das frivole Spiel begann von neuem. Es wurde oft wiederholt; daß fiktive Sätze die immer höher werdenden Forderungen für Militarismus und Marinismus. Allmählich aber wird auch den bürgerlichen Parteien Angst zu wachsen, daß die Bewilligung von Steuern ihnen die Stimmen weiter Völkertreue kostet. Der süddeutsche demokratische geordnete Haussmann kostet täglich in Tuttlingen richtig gefragt: es handelt sich bei der Reichsfinanzreform nicht um eine Regeneration der Reichsfinanzen, sondern der Gesamtstadt, die diese Finanzreform verhindert hat. Über gerade die bürgerlichen Parteien, auch das Rentenamt, tun nichts dazu, um diese Regeneration und Gesamtstadt zu vollziehen. Das würde bedeuten eine Verteilung der bisherigen Militär-, Marine- und Kolonialpolitik, denn gerade diese präzisieren die Finanzen des Reiches. Von dem Budget 1908, das sich auf circa 2750 Millionen beläßt, verschlingt allein der Militarismus 1600 Millionen net. Eine Regeneration der Gesamtstadt würde auch bedeuten die Verteilung der jüngsten Soll- und Steuerpolitik, zugunsten der Agrarier die Massen belastet. 1250 Millionen gehen den Agrarier durch den Bolltarif in die Taschen.

Was nun das neue Projekt des Reichsfinanzreformers Schubert ist, so ist es wohl am treffendsten gekennzeichnet von dem freien Willkürschreiber Edler, der jüngst in Oltenburg sagte: die Ausführliche Reichsfinanzreform sei nichts als eine

wohlwollende Umschreibung für Steuererhöhungen.

Wir haben wie längst festgestellt. Die Entwicklung der deutschen Finanzen ist eine für das Deutsche Reich äußerst traurige und schändliche. Die Milliarden der französischen Kriegsbeschädigung kann sehr bald aufgezehrt. Die Einnahmen des Reiches fließen nicht aus Säulen, aus den Jüden, Salz-, Tabak-, Bier- und Mineralsteuern und den Überschüssen der Reichsverschöpfungen in Rechnung sowie der Post- und Telegraphenverwaltung, die sie nicht aus, so mußten die Matrillardarlehen herhalten. Ausgaben betragen bis 1878 jährlich durchschnittlich 350 Millionen. Dabei wurden 200 Millionen durch die Einnahmen aus Salz- und Steuern und der Rest durch ungedeckte Matrillardarlehen ausgebracht. Die Eingestanden drängen natürlich nach Belebung der Matrillardarlehen, durch welche die Staat schwer betroffen wurde. Dieses Drängen der Eingestanden und die Steigerung der Ausgaben für das Heer, die kommen mußten nach dem Prinzip Molles: Was wir mit den Waffen errungen haben, so mit Waffen fünfzig Jahre lang verteidigt werden, führte zu, daß Bismarck auf Schauspielpolitik überging. Der Bolltarif von 1879 kostet dem Reich 8-100 Mill. Mark neue Steuern bringen, der leider viel zu früh verstorbene Genosse Bräde geißelte es mal in seiner Schrift, daß dem Volk 300 Millionen neue Kosten beigelegt werden sollten. Er wurde vor dem Stab geschleppt. Aber nach Einführung des Bolltarifes ergab sich die Möglichkeit seiner Abwendung. Später wurde dann in bezug auf die Matrillardarlehe eine besondere Bestimmung geschaffen, infolge, als die 150 Millionen hinausgehenden Einnahmen der neuen Säule in Bundesstaaten überwiesen werden sollten. Die Überweisungen haben zeitweise die Matrillardarlehen weit überschritten, so daß Eingestanden Gedanken vom Reich erhalten. In den letzten Jahren aber sind die Matrillardarlehen wieder ständig höher als

\* ) Nr. 124. Die den materiellen Interessen der bestehenden und erschenden Massen dienende, die Arbeiterklasse schwer schädigende, so den Weltmarkt bedrohende Militär-, Marine- und Kolonialpolitik des Deutschen Reiches führt zu ununterbrochen steigenden Ausgaben, deren Reduktion bei dem jetzt geltenden Steuerhöchststand nicht erlangen ist. Trotzdem seit dem Jahre 1888, dem Regierungsjahr des jüngsten Kaisers, die eigenen Einnahmen des Reichs von 821 Millionen Mark auf 1732 Millionen im Jahre 1907 gegangen sind, ist in dem gleichen Zeitraum die Schuldenlast des Reichs von 750 Millionen Mark auf 4300 Millionen angewachsen.

Die Steuern des Reichs sind ungerecht und unvölkisch. Durch die Bier- und Verbrauchsabgaben werden die ärmeren Massen durch Belastung am schwächeren getroffen. Dabei kommt nur ein geringer Bruchteil der Millionen, die die Steuerzahler ausgeben, in die Reichskasse. Den größten Teil der durch Getreide, Bier und Fleischfeste, Garn, Eltern und andere sogenannte Säulen auf Verbrauchsartikel der breiten Massen dem Volle abgenommenen summen steht in die Taschen der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, die nur eine verhältnismäßig geringe Steuerlast für die Reichskasse leisten. Gefundene Finanzdefizite können nur aufgeglichen werden, wenn die Aufgaben für Militär, Marine und Kolonien herabgesetzt und die Steuern der Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler angepaßt werden.

Der Parteitag protestiert gegen die Erhöhung bereits bestehender, sowie die Einführung neuer Steuern auf Wasserverbrauchsartikel. Insbesondere protestiert der Parteitag gegen die dem russischen Steuersystem entlehnte Unterwerftsteuer auf Zigaretten und Tabak sowie gegen die Erhöhung der Biersteuer. Ferner protestiert der Parteitag gegen Steuern auf Licht und Kraft (Petroleum, Gas, Elektrizität usw.).

Der Parteitag fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern, sofern sie sonstigen steuerpolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Es fordert die Einführung einer Steuerweise steigenden Einkommen- und Vermögenssteuer, die Reform der Einkommensteuer durch Heraufsetzung aller größeren Einkommen und Erhöhung der Steuerhöhe nach dem Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft, insbesondere die erbschaftliche Heraufsetzung des Erbgutes für Erbgatten und Kinder.

Geyer:

die Überweisungen, so daß man von ungedeckten Matrillardarlehen spricht. Auch als die Hunderte von Millionen neuer Einnahmen aus dem Bolltarif nicht ausreichten, wurden die Getreidezölle von 1 Mark pro Doppelzentner auf 3 und später auf 5 Mark erhöht, obgleich früher Bismarck erklärt hat, man müsse das für verhindert halten, wenn man annimmt, daß er die Getreidezölle auf 3 Mark erhöhen wolle. Bis 1906 sind die Einnahmen aus den Zöllen und Steuern auf 1000 Millionen Mark angestiegen. Trotzdem die Summe nach Inkrafttreten des neuen Bolltarifes wieder gestiegen ist, haben wir doch wieder

einen großen Defizit zu verzeichnen. Schon 1906 betrug das Defizit bei einem Reichsamt von 2400 Millionen mit der Anleihe 300 Millionen, 1907 ebenso und 1908 betrug die Anleihe 200 Millionen, das Defizit im Ordinatum 124 Millionen. Freiherr v. Stengel gab damals als Hauptursache die erhebliche Steigerung der Ausgaben für die Naturalversorgung im Heeresbedarf an. Damit bestätigt auch die Regierung, daß die Ausgaben für den Militarismus der Hauptgrund des Defizits sind. Zur Befriedigung des Defizits forderte die Regierung 1906 neue Steuern in Höhe von 225 Millionen. Der Reichstag bewilligte nur etwa 170-180 Millionen. Aber infolge der schlechten, wirtschaftlichen Verhältnisse und des Versagens einiger Steuern, besonders der Fahrkartenzölle, kamen nur 140-150 Millionen ein. Für den kommenden Staat haben wir noch mit einem größeren Defizit zu rechnen. Bekanntlich sind der Regierung im vorigen Jahr keine neuen Steuern bewilligt worden. Freiherr v. Stengel legte sein Steuerbudget nicht vor, um den Verlust des Stoffs nicht zu gefährden. Er bemühte sich und sein Nachfolger, Herr Edouard, erschien mit der sogenannten Reichsfinanzreform. Das Defizit, das jetzt zu bestehen ist, beläuft sich auf 410-420 Millionen. Da offizielle Nachrichten aufzugeben, soll es sogar 500 Millionen betragen. (Hört! hört!) Darüber, wie das Defizit gedeckt werden soll, hat die Regierung uns im Dunkeln gelassen.

Die Geheimnißstuer,

die mit der Finanzreform getrieben wird, übertrifft alles bisher Dagewesene. Es ist auch nicht möglich gewesen, etwa durch Verhinderung der neuen Steuerpläne in die Gessentlichkeit fidem zu lassen. Der Stoff vor 8 Tagen der Reichsfinanzreform erfordert in der Nordde. Allg. Blg. einige Grundlinie über die neue Reichsfinanzreform bekannt gegeben. Aber Röhres erscheint mir nicht. Er kündigt eine große, umfassende Neugestaltung des gesamten Finanzgebäudes an. Über über die Art hat er verdammt wenig verlauten lassen, nichts als Stimmungsmache für die Bevölkerung der neuen Steuern, eine Jeremiade über das Nachstum der Schulden des Reichs: 4% Milliarden jetzt schon, und im Laufe des Jahres in ihr Anwachsen auf circa 5000 Millionen berechnet. (Hört! hört!) Im Vordergrund der Reform, sagt Schubert, mag eine alte Schuldenentlastung stehen, und die Vermeidung neuer Schulden für unproduktive Anlagen. Ach, wenn der neue Schatzkeller erst seine Hunderte von Millionen erhalten hat, wird er froh sein und an eine Schuldenentlastung nicht denken, denn sonst müßten die angeforderten Summen noch viel höher sein als circa 600 Millionen. Dann aber heißt es in der offiziellen Auskunft, es muß der Verfall gemacht werden, auf eine längere Reihe von Jahren — zum mindesten ein Jahrzehnt — die Grundzüge des Finanzplanes festzulegen. Eine dünne, aber schwerwiegende Andeutung. Soll

das Budgetbewilligungrecht des Reichstages

auf fünf Jahre zu hohem Krafte gelebt werden? Einmal anderes kann diese Erklärung gar nicht bedeuten. Dem Reichstage muß das Recht bleiben, alljährlich die Einnahmen und Ausgaben im Voraus zu bestimmen. Auch die Matrillardarlehen sollen geändert werden. Das ist nichts neues. Man will sie „verdauen“; nicht mehr noch der Kopftanz, sondern nach der Leistungsfähigkeit der Steuererträge der einzelnen Bundesstaaten sollen sie umgelegt werden. Über dieses Problem verbergen sich die Schatzkeller seit langen Jahren den Kopf, ohne eine Lösung zu finden. Wir werden die Pläne der Regierung abwarten müssen.

Über die direkten Steuern enthält das offizielle Communiqué nichts anderes, als daß man die Radikalbesteuerung weiter ausbauen wolle. Und doch ist

die Einführung direkter Steuern

für das Reich bestimmt worden, und sie wird auch aus dem Stoff heraus gefordert, von Nationalliberalen und Freisinnigen. Aber nicht nur die Konseriativen, die Agrarier, auch das Zentrum ist gegen direkte Steuern. Nicht einmal eine gründliche Reform der Schatzkeller mag die Regierung vorschlagen. In den Kreisen der Agrarier hat man die Schatzkeller mit so unzähligen Gründen bekämpft, daß selbst wie Adolf Wagner sich mit scharfen Worten gegen die von jenseits vorgebrachten Argumente gewandt hat. Aber damit kam er schon an. Die Deutsche Tagesschaltung ist über ihn hergefahren und hat ihn gehörig abgezerrt. Nur wir Sozialdemokraten sind für direkte Steuern, weil die indirekten Steuern die Arbeiter am meisten belasten. Das erkennen auch die anständigeren der Gegner unserer Bewegung an. Aber die Kräfte des Bestehenden kämpfen gegen die Einführung direkter Steuern an. Charakteristisch ist ein Ausspruch von Adolf Wagner: „Gerade die oberen Massen, ihre politischen Parteien, ihre Vertreter in den Parlamenten im Reichstag sollten es als Ehrenfache, die Konseriativen als die Konsequenz des Noblesse oblige ansehen, für die Einführung einer solchen Reichsverbrauchssteuer, die sie selbst zu tragen haben, in der Debatte über die Reichsfinanzreform mit einzutreten, hier dem Volke das Votum voranzutragen, um die Pflichten gegen die Reichsfinanzreform zu erfüllen.“ Aber das muß nichts, die bürgerlichen Parteien, speziell die Agrarier, kämpfen gegen die direkten Steuern und plädieren schärfst für indirekte.

Welche indirekten Steuern

beabsichtigt nun die Regierung uns vorzulegen? Vorüber hält man sich in Schweigen. Gerade in diesen Tagen wird das neue Finanzprogramm in Berlin von den Finanzministern herauft, selbstverständlich unter strenger Geheimhaltung. Es ist der Plan einer Wehrsteuer durchgeführt, und diese Vorstellung wird hauptsächlich von den Agrarier propagiert. Ob die Regierung dafür ist, ist zweifelhaft. Noch vor zwei Jahren hat der preußische Finanzminister sich in der Budgetkommission des Reichstages schärfst gegen ein solches Projekt gewandt. Aber wenn Finanzminister neue Steuern brauchen, dann lassen sie bestimmt ihre Kreise fahren und nehmen, was sie kriegen können. Weiter hat man gesprochen von der Schatzkeller der Biersteuer, einer Versteuerung des Tabaks, einer Reform der Grammatiksteuer, von einer Aenderung der Weinsteuer, von einer Steuer auf Importate und besonders auf eine Gas- und Elektrosteuer eingeführt werden. (Hört! hört!) Über die Höhe der Summe, die aus diesen einzelnen Steuerquellen liegen soll, ist noch kein Sternenhörnchen verlautet. Bedeutet man aber, daß 400-500 Millionen erforderlich sind, um das Defizit zu beden, so kann man sich leicht vorstellen, daß die Steuern ungewöhnlich hoch sein müssen. Nach einer Mitteilung des Berliner Börsencouriers soll sich die Besteuerung auf Gas und Elektrizität auf 5 Prozent belaufen und 60 Millionen bringen. Das Bier soll 30 bis 40 und der Tabak 40 bis 50 Millionen einbringen. Was aus der Grammatiksteuer liegen soll, ist noch nicht bekannt, man spricht lediglich von einer Reformierung dieser Steuer. Ob damit eine Befriedigung der Liebesgaben geplant ist, ist sehr zweifelhaft; die

Agrarier wenden sich mit Bähnen und Mögeln dagegen, die Regierung würde also einen schweren Stauden haben, wenn sie eine Befriedigung der Liebesgaben plant.

Worin aber die Reform der Grammatiksteuer bestehen soll, wenn nicht in einer Befriedigung der Liebesgaben, weiß ich nicht. Es ist also nicht vorauszusehen, wie die neuen Steuervorstellungen beschaffen sein werden, wie müssen zumindest abwarten, bis die Regierung sie dem Reichstag unterbreitet. Vielleicht gibt sie bald ihr Steuerprogramm bekannt.

Wenn man berücksichtigt, daß, soweit es überleben ist, von den neuen Steuern eine Einnahme von 300 Millionen zu erwarten ist, so wird man einführen, daß wir und noch auf weit höhere Beträge aus der Besteuerung leicht machen müssen, denn diese Summe reicht zur Deckung des Defizits nicht aus. Ich glaube also, nicht fehlzugehen in der Annahme, daß noch andere und weit höhere Steuern geplant werden. Selbstverständlich werden die Arbeiter durch die Steuern am meisten belastet. Deutschland geht schon jetzt allen Staaten in der

Steigerung der indirekten Steuern

voran. Diese sind von 7,15 auf 26,52 M. pro Kopf gestiegen. Für eine Familie von 5 Köpfen macht das 133 M. jährlich aus. Dazu kommt, daß die indirekten Steuern auf die arbeitende Massen noch in besonderer Hinsicht einschlägig einwirken als auf die bestehenden Massen. Die Lebensmittel, die die bestehenden Massen liefern können. Aber beide Qualitäten sind mit der gleichen Steuer belastet, so daß die bestehenden Massen auch hier wieder bevorzugt sind. Das erkennt auch Adolf Wagner an; er gibt darüber die Richtigkeit dessen zu, was seit Jahrzehnten behauptet haben. Die Nachrichten über die neuen Steuerprojekte sind aber bisher nur durch die Presse gegangen. Die Regierung scheint es darauf abzuziehen, durch verwirrende Nachrichten eine Unwissendheit in die Bekämpfung der neuen Steuerpläne zu bringen. Es besteht dabei eine bestimmte Absicht: die Massen sollen gedrückt werden, damit sie sich über die neuen Massen nicht klar sind. Aber das steht fest, daß alle Steuerobjekte außerordentlich schwer zu trocken werden sollen.

Ich habe besonders den Tabak hervor. Es wird uns nicht erspart bleiben, daß die Biersteuer in die Bierindustrie mit der Biersteuer belastet wird. Bier ist in der Presse auch die Rede von einer Erhöhung des Gewichtssteuers. Der Stoff von 85 M. pro Doppelzentner ausländischen Tabaks soll auf 150 M. erhöht werden. Auch diese Besteuerung würde noch nicht die Summe von 150 Millionen ergeben, ob man also noch eine weitere Besteuerung in Bezug auf den Tabak beabsichtigt sein, nämlich die Banderolensteuer. Sie bedeutet aber den

Ruin aller kleinen Existenz in der Tabakindustrie.

Bahn aufende von Arbeitern würden dadurch arbeitslos, die Konzentration der Tabakindustrie durch das Großkapital wurde dadurch gefördert. Man spricht so viel von Mittelstandspolitik, aber die Steuerpläne der Regierung schlagen jeder Mittelstandspolitik ins Gesicht. Die Erhöhung der Tabaksteuer von 1870 durch den Bolltarif hat nicht nur weit über 10000 Arbeiter brotlos gemacht, sondern auch eine ganze Reihe kleiner Existenz in der Bierindustrie vernichtet. Anstatt Mittelstandspolitik betreibt man Mittelstandsbörsen. Man spricht davon, daß man mit dieser neuen Belastung dem Monopol zusteuere. Für den Tag würden die neuen Steuern mit den kleinen Existenz aufzutreten, so daß die Börse für das Monopol frei wäre.

Die geplante Zoll- und Strafsteuer, die etwa 30 Millionen einbringen soll, würde den Mittelstand sehr belasten, indem sie die Produktion der kleinen Unternehmen, die diese Existenz benötigen, erstickt. Den kleinen Unternehmen ist es nicht so leicht wie den Großkapitalist, die Steuern auf die Dokumente abzumägen. Diese Steuern werden also wieder die Wirkung der Konzentration des Kapitals haben und damit zur weiteren Verschärfung des Massenluxus führen.

Auf die Befreiung der sozialen Steuerprojekte muß ich mit Rücksicht auf die vorbereitete Zeit verzichten. Zweifellos wird die Biersteuer durch den Reichstag durch die neuen Steuervorstellungen in die Geltung gebracht. Die Freiheit in den Zentren hat sich der Regierung zur Hilfe im äußeren Fall bereits angeboten und dadurch können die Freisinnigen, die Regierungspartei, bleiben wollen, in die Klemme und werden unter das faulende Joch tragen müssen. Das Zentrum befindet sich in günstiger Position. Trotzdem es der Regierung seine Hilfe anbietet, führt es die Opposition gegen einzelne Projekte. Diese demagogische Haltung des Zentrums muß von der Sozialdemokratie kritisiert werden. Sie müssen feststellen, daß das Zentrum missglückt ist an dem Unglück, das durch die neuen Steuern über die Massen gebracht wird. Die Befreiung, daß die neuen Steuern von der Biersteuer bewilligt werden, ist groß. Daher muß die sozialdemokratische Partei gegen die neuen Massen, die im Bier dem Volke aufgehalten werden sollen, die schärfste Opposition machen. Unsere Forderungen sind in der Resolution niedergelegt, die Ihnen unterbreitet worden ist. Wir protestieren gegen dieses System der Ausplottung der Massen und kämpfen dagegen mit aller Macht an. Die Massen müssen aufgetreten werden zum Kampf gegen die neue und ungewisse Belastung, die durch die neuen Steuerprojekte geplant ist. (Wiederholter Beifall.)

Die Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Nebenbei wird

Bericht der Beschwerdekommission

entgegengenommen.

Geyer-Leipzig

eröffnet ihn.

Der zweite Fall betrifft den Antrag von Dobruck-Berlin auf Wiederaufnahme in die Partei. Der fünfte Wahlkreis hat ihn ausgeschlossen, weil er einen Genossen in verdeckter Weise bei dem Umgang mit der Kriminalpolizei beobachtet hatte und weder in den Vorhandenstellungen noch in den Schiedsgerichtsverhandlungen Beweise für seine Behauptungen hätte beibringen können. Beschwerde bei der Kommission hat er nicht eingelegt. Die Beschwerdekommission empfiehlt dem Parteitag, dem Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei nicht zuzutun.

Der dritte Fall betrifft das im Jahre 1899-1900 von der Dortmunder Organisation aus der Partei ausgeschlossene, ehemalige Mitglied Siebel. Er hat einen, von einigen Genossen mitunterstützten Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens von 1899-1900 an den Parteitag gestellt, also nicht — wie es dem Statut entsprechen sollte — einen Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei.

Er behauptet, ihm sei seinerzeit keine Gelegenheit zur Befriedigung gegeben, weil er wegen einer dringenden Geschäftsschreise nicht erscheinen konnte, und die Auskunftsaufnahme habe aufgehalten werden sei. Sein Ausschluß sei wegen Streitigkeiten erfolgt und weil er Artikel über interne Parteivorstände in die bürgerliche Presse gebracht habe. Der Dortmunder Vertreter leistet seine Behauptung über die nicht genügende Gelegenheit zur Befriedigung. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens sieht das Organisationsstatut nicht vor und eine Prüfung des Materials aus jener Zeit ist ja

zunder Verein sei gar nicht in der Lage, ihn auszuholen, sondern das könnte nur im Schiedsgerichtsverfahren geschehen. Der Mann behauptet, es sei ihm Unrecht geschehen.

#### Segen-Leipzig:

Der vorjährige Parteitag hat beschlossen, und das mußte Siebel wissen, daß der damalige Verein in Darmstadt bestreitig war, ihn aus der Partei auszuschließen. Die Wiederaufnahme eines früheren Vertrabens ist unmöglich. So ist Siebel aufzuhören zu sitzen in der Organisation von neuem zu melden und seine Wiederaufnahme in die Partei zu beantragen, dann wird darüber verhandelt werden.

Der Parteitag beschließt nach dem Antrage der Beschwerdekommission:

Die dritte Angelegenheit betrifft den Auszug des ehemaligen Parteigenossen Sprenger aus Mannheim. Sprenger ist vor 2½ Jahren wegen Streitbruch aus der Partei ausgeschlossen worden. Er hat in einer Zeit, in der er als Vater tätig war, zwei Tage Arbeit verrichtet, wie sie gelehrten Arbeitern zu kommen Gewerkschaftlich organisiert war er nicht. Er beantragt Wiederaufnahme in die Partei. Die Beschwerdekommission empfiehlt dem Antrage zugunsten und, wie es auch die Gewerkschaften tun, ein solches Streitgefecht nach einer gewissen Zeit als geführt zu erachten, zumal der Fall hier ganz besonders mild liegt und Sprenger jahrelang als organisierter Parteigenosse seine Pflicht getan hat.

Der Parteitag beschließt so.

Der vierte Fall betrifft das ehemalige Parteimitglied Paul Jahn in Berlin. Die Angelegenheit hat schon mehrere Parteitage beschäftigt. Nach der Essener Parteitag hat die Wiederaufnahme in die Partei die jetzt wiederholt wird, abgeschlagen. Jahn beruft sich jetzt auf die Befürwortung Jabels. Dieser hat der Kommission erklärt, daß er besondere Gründe nicht vorbringen könne, sondern nur den allgemeinen Grund, daß wenn ein Vorgesetzter gleichzeitig und der Fall nicht sehr schwer liege, man es mit einer fürchterlichen Auskunft beenden lassen solle. Die Kommission empfiehlt dem Parteitag Ablehnung des Antrages.

Der Parteitag beschließt so.

Künfens liegt ein Antrag des ehemaligen Parteigenossen Schröder-Berlin auf Wiederaufnahme in die Partei vor. Er ist vor zwei Jahren aufgeschlossen worden, weil er Parteigelder unterdrückten, einen gefälschten und Parteigenossen zu Unrecht dieser Begehrungen bezügliche hat. Die Kommission ist der Ansicht, daß dem Antrage für sehr wenigstens nicht stattgegeben werden kann und empfiehlt Ablehnung, wie es auch schon der vorjährige Parteitag beschlossen hat.

Der Parteitag beschließt auch hier nach dem Antrage der Beschwerdekommission.

Der sechste Fall betrifft den Leiter des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes, Biesenthal in Berlin. Der vorjährige Parteitag hat lediglich aus Rücksicht auf die Verhandlungen der Partei mit den Volksorganisationen wegen Verschmelzung mit den Zentralverbänden beschlossen, daß der Ausschluß aus der Partei vorläufig unvermeidbar und die Angelegenheit dem diesjährigen Parteitag überlassen. Gründe sind das organisatorischsplittende und anteilserhöhende Treiben, seines der Delegierungen, die Befreiung ist gegen die Leiter des Metallarbeiterverbandes in Berlin ausgezeichnet hat. Die Kontrollkommission hat in Übereinstimmung mit der Entscheidung des Schiedsgerichts den Antrag auf Ausschluß abgelehnt, weil Mitglieder der Metallarbeiterorganisation erlaubt haben, die Abstimmung von Metallarbeiterverbänden wäre noch ohne Zusatz Biesenthals erfolgt. Gegen die Entscheidung der Kontrollkommission ist dann Rechtsmittel im Ethen eingeleitet worden. Der Antrag der Beschwerdekommission geht dahin, der Befreiung gegen den Abstimmung Biesenthals beizutreten und damit Biesenthal aus der Partei auszuschließen.

Maier-Höbelberg ergänzt die Ausführungen des Berichts erstaunt, daß Biesenthal bei seiner mündlichen Begründung der Kommission des Esener Parteitages erklärt hat, er würde unter keinen Umständen mehr aus dem Allgemeinen Metallarbeiterverband austreten, lieber lasse er sich hängen. Das habe die Esener Kommission bestimmt, seinen Ausdruck aus der Partei zu empfehlen. — Der Parteitag beschließt gemäß dem Antrag der Beschwerdekommission.

Der siebente Fall des Genossen Moritz Hamburgh ist die Parteilinien soan mehrere Male beschäftigt. Er hat bei der zuständigen Parteikommission den Antrag auf Ausschluß eines Käuflichen aus der Partei gestellt, gegen den ablehnenden Bescheid des Parteivorstandes beim Parteivorstand erhoben und dann beim Parteivorstand sowie darum bei der Kontrollkommission angetragen, ob alle diese Forderungen richtig gehandelt hätten. Die Beschwerdekommission empfiehlt dem Parteitag, die nunmehrige Beschwerde von Moritz gegen den Parteivorstand und die Kontrollkommission juristisch zu untersuchen. — Der Parteitag beschließt so.

Der achte Fall des Genossen Moritz Hamburgh betrifft die Angelegenheit Aehling-Büdesheim i. Oberhausen, der Verurteilung gegen die Entscheidung der Kontrollkommission eingegangen ist. Er ist wegen ehemaliger Handelsgerichtsdaten aus der Partei ausgeschlossen worden. Ein Schiedsgericht hat den Ausschluß aufgehoben, da ein Ortsverein aus der Partei nicht auslöschen kann, und hat dem Genossen für sein Verhältnis eine Karte erteilt und ihm gelassen, er möge sich an einem anderen Ort wieder in die Partei aufnehmen lassen. Hiergegen hat der Kreisverband des der Kontrollkommission erhoben. Diese hat die beiden vorhergehenden Urteile aufgehoben und nach saniater Bemühung der Partei beschlossen, daß Schelling wegen ehemaliger Handlung aus der Partei ausgeschlossen werde. Die Beschwerdekommission beantragt die Aufhebung der hiergegen eingesetzten Beschwerde Schellings. — Der Parteitag beschließt so.

#### Angerorganisation,

Dazu liegt die Resolution 180\*) mit der dazu gehörigen Declaration vor.

#### Veröffentlichung

#### Haus-Königsberg:

Sie werden es verstehen, wenn ich der vorgerückten Zeit des Parteitages mich mit den proletarischen Erziehungsaufgaben nicht beschäftige, sondern mich auf die Frage der Jugendorganisationen konzentriert.

\*) **Resolution 180:** Die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse.

Der Parteitag verpflichtet die Organisationen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung erzogen werde.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Vorträge zu veranstalten, die dem Erziehungsberechtigten der Jugend angezeigt sind. Daneben Sport und Spiel und Unterhaltung die Geselligkeit zu pflegen. Zu diesem Zweck sind in den einzelnen Dritten besondere Kommissionen zu errichten, die der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter Führung von Vertretungen der jugendlichen Arbeiter und einer Genossin angehören. Die Kommission soll mindestens

ist — auch an den Veranstaltungen ist unentbehrlich. Die Kommissionen sollen daher wirken, daß die Gewerkschaften, der Parteivorstand und der Schiedsgericht einzutreten. Der Parteitag bestimmt, daß die Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse.

Der Parteitag verpflichtet die Organisationen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung erzogen werde.

Die Kommission,

die Namen der Kommission habe ich Sie zu bitten, en beschränkt. Im Namen der Kommission habe ich Sie zu bitten, en diese unseres Beschlusses anzunehmen. Die Kommission nimmt nicht etwa an, daß sie eine endgültige Lösung der Organisationsfrage gefunden hat, sie ist aber nach gründlicher Beratung zu der Aufstellung gekommen, daß in der gegenwärtigen Situation etwas Besseres nicht gefunden werden kann. Der empfohlene Weg ist in jedem Falle sehr wohl geeignet, die Erziehung der proletarischen Jugend zu fördern. Sollte aus dem Bedürfnis der Partei eine andere Organisationsform heraustragen, so wird die Partei sicherlich nicht verzögern — im Einklang mit den Gewerkschaften — das Beste an der Stelle des Guten zu sehen. Wir haben uns den Vorstellungen der Parteileitung in den meisten Punkten anschließen wollen. Eine wesentliche Abweichung besteht jetzt auf Abfall 5 der Resolution der Parteileitung, der sowohl in Parteitagsversammlungen, wie namentlich auch auf den Tagungen der Jugendlichen die ältere Anschauung erfährt hat. Nachdem in der Resolution in Absatz 3 und 4 die Aufgaben der Jugendbewegung dargelegt sind, heißt es im Abfall 5: „Damit diese Zwecke auch ohne besondere Jugendorganisationen erreicht werden können, sind in den einzelnen Dritten Kommissionen für die Jugendorganisation zu bilden.“ Dieser Dritte Kommissionen für die Jugendorganisation zu bilden.“ Dieser Vorschlag gebrachte Vorlaut hat, wie auch die dem Parteitag vorliegenden zahlreichen Anträge beweisen, vielfach die Anfang verboten, daß den selbständigen Jugendorganisationen damit das Lebenlicht ausgelöscht werden soll. Genoss Müller hat nur bereit in seinem Reichsbericht im Auftrag des Parteivorstandes ausgeführt, daß dies nicht beabsichtigt sei, daß jene ominösen Worte falsch ausgefüllt worden seien. Wir haben, um jede Abweichung auszuschließen, diese Worte gestrichen, so daß der Abfall 5 jetzt lautet:

Zu diesem Antrage sind in den einzelnen Orten besondere Kommissionen zu bilden.“

Wir sind aber noch darüber hinaus der Meinung gewesen, daß die bloße Streichung dieses Passus nicht ausreicht, sondern haben es für erforderlich gehalten, unserer Aufsicht durch eine Declaration

eine bestimmt, klare Deutung zu geben. Sie lautet:

„Die Resolution ist so aufzufassen, daß der Bestätigung von lokalen Jugendorganisationen unpolitischen Charakters, die unter Mitbestimmung erwachsener ihre Verwaltung selbst führen, nichts entgegensteht.“

Die selbständigen Jugendorganisationen sind eine Schaffung der Jugendlichen selbst. Früher als Partei und Gewerkschaften haben die Jugendlichen erkannt, wie wichtig die Zusammenfassung der proletarischen Jugend für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse ist. Dieses Verdienst ist auch auf dem Gewerkschaftsgrundriss anerkannt worden. Die Jugendlichen haben sich freilich gern als wir, und haben sich dadurch schon das Existenzrecht erworben. Die bestehenden unpolitischen Organisationen sind auch im Rahmen des neuen Vereinsgesetzes gültig. Es kann bedrohen nicht die Aufgabe der Partei, ebenso wenig wie die Aufgabe der Gewerkschaften, diesen Jugendorganisationen ein Ende zu bereiten. Die selbständigen Jugendorganisationen können freilich nicht eine Einrichtung der Partei als solcher sein. Sie können schon aus vereinzelten Gründen der Partei nicht organisatorisch angegliedert werden. Aber unpolitische Jugendorganisationen, die aus innerer Kraft heraus an dem Werke der Erziehung der proletarischen Jugend arbeiten, werden sich immer wieder Anerkennung erzielen. Nach der Declaration haben wir es aus Erziehungsgründen für selbstständig gehalten, daß solche selbständigen Jugendorganisationen existieren — sie die Selbstverwaltung haben. Nur dann wird Lust und Liebe der Jugendlichen für solche Organisationen geweckt werden können, nur dann können die Jugendlichen zum wahren Verantwortungsgefühl, zur Selbstständigkeit gelangen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wie sind davon auszugehen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalförmig sind? Die Gewerkschaften sind auch einmal darauf hingewiesen, daß die Selbstständigkeit gelungen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gelesenen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranziehen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen

reis bewiesen werden, bestätige Vereinbarungen zu schließen, damit die traditionale Dienstordnung außer Kraft zu setzen. bitte Sie, den Antrag 110 anzunehmen.

Der Antrag 110 wird angenommen.

Es folgt eine Gruppe von Anträgen, die Breite und Natur betreffend:

Die Anträge 55\*, 58, 61, 63, 66 stehen zur Diskussion.

Die Anträge 55 und 64 auf Schaffung eines Jugend- und Arbeitszentrums werden zurückgezogen. Der Antrag 55 wird ohne Diskussion angenommen.

Zum Antrag 58 bemerkt

Hug-Bant:

Der Preis der „Neuen Zeit“ sei an sich nicht hoch, wenn aber „Neue Zeit“ in den Massen möglichst Verbreitung finden soll, müsse der Preis noch niedriger sein. Wir wünschen daher, daß Parteivorstand untersucht, ob eine Verbilligung der „Neuen Zeit“ möglich ist.

Singer:

Nach den letzten Wahlen des Antragstellers darf ich annehmen, er möchte, daß der Antrag dem Vorstand zur Erwägung übergeben werden soll.

Der Parteitag beschließt so.

Gegen den Antrag 61 wendet sich Bannister: Jedes sozialdemokratische in Deutschland erscheinende Blatt steht unter Kontrolle einer Preskommission. Diese wird schon Viermal schaffen, an die im Antrage gerügten Nebestände einzutreten.

Der Antrag 61 wird abgelehnt.

Der Antrag 63 wird ohne Diskussion angenommen.

Den Antrag 66 begründet

Rubel - Frankfurt a. M.:

Aus dem Material, das uns veranlaßt hat, den Parteivorstand einzuladen, sich um die Preisfestsetzung zu kümmern, möchte ich Ihnen mitteilen. Die einzelnen Agitationsschriften sind exklusivweise bestrebt, ihren Literaturwert möglichst zu heben, und unsere Buchhandlungen erfordern bedeutende Aufsätze, auch in Frankfurt a. M. Bei dem Vertrieb des Maigerganges wurde einem Verlag von 8000 Exemplaren der Preis auf 5 Pf. festgesetzt. Denjenigen Preis brauchten aber auch die nur geringen, die geringen Exemplare bezahlen. Als Eisener's Buch „Das Ende des Reiches“ herauskam, betrug der Verkaufspreis 5 M. netto pro M., am 6. März vorigen Jahres. Über bereits 14 Tage später, am 21. März, wurde dasselbe Werk in der „Bildhauerung“ für 2,50 M. angeboten. Natürlich konnten wir da darüber nicht einverstanden sein, die wir für 3,50 M. angekauft hatten, nicht loswerden. In dem Buch „Die Berliner Arbeitersbewegung“ von Bernstein, bei den Berliner Genossen das Heft für 20 Pf. geliefert, stand der Verkaufspreis im übrigen 20 Pf. beizüglich. Bildhauerung verkaufte schließlich 20 Pf. netto 20 Pf. Den Gewerkschaften aber wurde diese Broschüre ohne Umschlag für 15 Pf. angeboten. Auf Grund dieses Materials, das ich natürlich noch weit mehr könnte, bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Winkler - Freiburg

Es ebenfalls für den Antrag. Wie haben im letzten Jahre Broschüren über die Alkoholfrage für 20 Pf. drangen und die Zuge darauf konnte die Generalkommission die Mittelung machen, daß sie diese Broschüre für 10 Pf. zur Verfügung stellt.

Braun - Berlin:

Die Errichtung der Herausgabe von billigen Agitationsschriften besteht schon seit vielen Jahren. Die Buchhandlung kann nicht nur dafür sorgen, daß die einzelnen Parteibuchhandlungen Geschäfte machen, sondern sie muß auch dafür sorgen, daß die Literatur so weit wie möglich in die Kreise der Arbeiter hineinführt. Deshalb stellt sie jetzt sogenannte Sonderausgaben auf billigem Papier in Notionsdruck von Broschüren her. Bei einer Reihe von Broschüren hat die Broschüre Buchhandlung nichts verdient, sondern Aufschüsse geleistet, die Broschüre ist eine billige Ausgabe erreichten und eine andere auf besserem Papier, auch die Buchhandlungen verzichten werden müssen. Wenn die Broschüre Vorträgen nicht in Kommission liefern, so geschieht das, weil sie sonst von allen unterster Parteibuchhandlung, deren Organisation manchmal viel zu wünschen übrig eine hohe Profitabilität zurückgewonnen würde. Der Kreis „Berliner Arbeitersbewegung“ für Berlin beruht auf einem gemeinsamen der Buchhandlung Vorträgen mit den eigentlichen Vorträgen, nämlich den Berliner Parteigenossen, nach welchen Berliner Parteiverorganisation das, was die Buchhandlung Vorträgen aufweist, wieder erzeugt. Der Parteivorstand hat notdürftig schon das Recht, in die Preisfestsetzung hineinzurechnen, wurde aber auch zu keinem anderen Resultat kommen.

Rubel - Frankfurt a. M.:

Auch wir wollen selbstverständlich den Vertrieb der Literatur seiner Weise eingeschränkt sehen. Über den Vertrieb der Broschüre muß so erfolgen, daß eine Schädigung der Parteibuchhandlungen dabei unterbleibt. Gute ist es, wenn Braun sagt, die Buchhandlung Vorträgen in Kommission liefert, mürde es viel Profitabilität zurückgewinnen. Bei dem heutigen Geschäftsumfang bleibt die Profitabilität auch, aber bei und in den Buchhandlungen. Die Buchhandlung Vorträgen auch auf Vereine und Unternehmen zu duzen ist nicht möglich. Da sind in einem Falle 40 Bände angeführt, die 20 Pf. kosten, aber für 20 Pf. geliefert werden. Unsere Buchhandlungen können sie nur 20 Pf. bekommen. Derartige Kommissionen werden natürlich von Vereinen bestellt und dann direkt beim Verlag, wo sie es nicht bekommen. Wenn es bei der bisherigen Praxis bleibt, dann wie in Frankfurt einfach überlegen, ob wir überhaupt unsere Buchhandlung aufrechterhalten sollen. (Höret höret)

Parteisekretär Möller-Berlin:

Ich empfehle, diesen Antrag dem Parteivorstand zur Erörterung zu unterstellen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß Buchhandlung Vorträgen im letzten Jahre eine ganz erhebliche Anzahl billiger Agitationsschriften, zum Teil zum Selbstkostenpreis abgegeben hat, und das nach dem Vertrag an den Anteil bei einem Umsatz von 668 787,40 Mark des Reingewinns

55. Befürwortung säkularischer Reichstagswahl. Es ist: Der Parteitag möge befürworten, daß in Zukunft die Ausschaltung der Wahlteilnahme in bildlicher Beziehung eine bessere und wichtiger werde.

56. Bremberg und Bant: Der Parteivorstand möge

sie mir, daß die „Neue Zeit“ verbilligt wird, damit dieselbe weitere Kreise wie bisher Eingang finde.

57. Halle a. S.: Der Parteitag möge den Parteivorstand auftragen, mehr Aufmerksamkeit auf die Interessen der Parteipresse zu richten, da die Aufnahme aller Scandals- und fragwürdigen Blätter eines sozialdemokratischen Blattes zur Unzehr gereicht.

58. Löber: Der Parteitag möge befürchten, daß in Zukunft Vorträge über die Verhandlungen der Parteitags an die Parteiglieder zum Selbstkostenpreis abgegeben werden.

59. Frankfurt a. M.: Auf Grund der Tatsache, daß die Buchhandlung Vorträgen an die Parteibuchhandlungen im Lande

in Kommission liefert, so daß dieselben Reuertheilungen, die in den Parteigenossen verlangt werden, auf eigenen Rüste auf der Befreiung müssen, daß aber andererseits die Buchhandlung Vorträgen in vielen Bällen solche Reuertheilungen nach fürstlichen Gewerkschaftsorganisationen zu bestimmen und teils gar

billigeren Preisen als den Parteibuchhandlungen offeriert, so die Lagerbestände der letzteren unverkauft bleiben, wird der Parteivorstand beauftragt, im Geschäftsjahrs der Buchhandlung Vorträgen eine Rüsterung zu veranlassen, durch die eine Verbesserung des Literaturhofes eine Schädigung der Parteibuchhandlungen im Lande vermieden wird.

nur 28 000 Mark betrugen hat. Man kann also nicht sagen, daß sie kapitalistisch betrieben wird.

Der Antrag 66 wird darauf dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Es geht noch folgender Antrag der Kontrollkommission ein:

Der Parteitag möge beschließen:

1. Das Gehalt der drei älteren Parteisekretäre und des Parteiaffäliers wird um je 300 M. jährlich erhöht.
2. Das Gehalt des viersten Parteisekretärs, des Genossen Müller, um 600 M. jährlich erhöht.

Es werden nunmehr die Anträge 60, 111\* bis 118, 115, 116 und der eben eingegangene Antrag der Kontrollkommission zur Debatte gestellt. Nur der Antrag 60 wird nicht untersetzt.

Den Antrag 111 begründet

Walter-Augsburg:

Es wäre eine Bedeutung des sozialdemokratischen Parteitages, wenn ich über die Bedeutung des Koalitionsrechts für die Arbeiter noch ein Wort verlieren wollte. Der Geheimrat der Süddeutschen Metallindustriellen hat ja bewiesen, daß jetzt nicht nur dem gewöhnlichen Proletariat, sondern auch den Kreisen, die uns bisher völlig fernstanden, den technischen und kaufmännischen Angestellten, das Koalitionsrecht genommen werden soll. Auf Grund dieses Verlustes haben einzelne Stadtverwaltungen beschlossen, bei der Vergabe von Auftragsarbeiten in die Sicherungsvereidäge die Bezeichnung aufzunehmen, daß den betreffenden Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt wird. Ich lege den Beschlüssen einzelner Gemeinden eine sehr geringe Bedeutung bei, denn die Bestimmung wird doch nicht ernsthaft erfüllt. Wir können aber als Argumente für das Koalitionsrecht eintreten. Wir sind nicht allein in Bezug auf Nahrungs- und Gebrauchsgegenstände bestrebt, ihnen Lorenz wie jede Woche aus gewissen Papierfabriken das Druckpapier in die Zeitungen geht, wo dann unsere Grundlage darauf gedruckt werden, während in den Betrieben die Druckmaschinen ohne geachtet werden und den Arbeitern das Koalitionsrecht in rücksichtsloser Weise genommen wird. Es ist schon der Versuch gemacht worden, die Lieferung des Papieres in eigene Kriegs zu nehmen. Ich weiß genau, welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden sind, wenn man aber berücksichtigt, daß es Millionen sind, die jährlich von Partei- und Gewerkschaftsdruckereien und von den gewöhnlichen gewerkschaftlichen Literatur an Papier verbraucht werden, dann muß es doch möglich sein, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat beim Streit in der Subjektivierung unseres Parteipreises in Augsburg einige spöttische Bemerkungen an den Kopf geworfen, weil die Augsburger einen solchen Antrag gestellt hätten. Ich bin gewiß kein Revolutionär, aber ich meine, Parteigenossen, daß die Zeitungen in dieser Beziehung sehr praktisch arbeiten könnten, wenn sie dafür eintreten würden, daß in den fachlichen Konsumvereinen, die mit 10 bis 20 Prozent Dividende aufmarschieren, die Waren, die zum Verkaufe kommen, in Betrieben hergestellt werden, wo menschenwürdige Löhne gezahlt werden und das Koalitionsrecht garantiert wird. Gemäß können wir dem Parteivorstand keine Aufforderung geben, ich bitte Sie aber, den Antrag dem Vorstand zur Erwägung zu überwiesen.

Der Antrag 111 wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Der Antrag 112 begründet Steling-Höchst, indem er empfiehlt, wenigstens einen Versuch zu machen; die Kosten würden sich sicher lohnen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Götter-Nürnberg:

In diesem Augenblick ist nicht die Zeit, daß der Parteitag eine Agrarkommission wählen kann. Ich schränke daher den Bünderberger Antrag dahin ein, daß wir dem Parteivorstand den Wunsch unterbreiten, er möge im Laufe des Jahres den Versuch machen, eine solche Konferenz einzuberufen, vielleicht eine ständige Kommission zu ermöglichen. Dieser Antrag ist etwa nicht aus dem Bedürfnis gestellt, theoretische Debatte über die Agrarfrage zu veranstalten, etwa über die Frage, ob der Großbetrieb oder der Kleinbetrieb liegt und ähnliche Dinge mehr, sondern die Kommission soll sich mit praktischen unmittelbaren Fragen der Politik beschäftigen. Um für die Dringlichkeit des Antrages ein paar Gründe zu erwähnen: hier im Süden und auch in anderen Gegenden spielt z. B. der Kleinbauern die Rolle des Scheitlers, indem er gewerbliche Nebenarbeit leistet. Diese gewerblichen Nebenarbeiter sind zur Organisation noch unfähig und bedeuten eine schwere Gefahr für die gewerkschaftlichen Bestrebungen auf diesen Gebieten. Die Erörterung dieser Frage kann nur im Zusammenhang mit den ganzen Agrarfragen erfolgen. Es handelt sich da auch um die Frage, ob die Partei auf dem Lande überhaupt Eingang findet und Vertrauen gewinnt. Es kommen noch andere Faktoren in Betracht: die Handarbeiterfrage, die Frage der Produktionsgenossenschaften von Kleinbauern in Deutschland und ihre Verbindung mit den südlichen Konsumgenossenschaften. Das sind alles Fragen, die außerordentlich wichtig sind. Man beschäftigt sich in Bayern damit — das Buntum insbesondere legt großen Wert darauf —, daß ländliche Gemeinde zu organisieren. Auch diese Frage gehört sicher. Sie sehen also, der Zweck dieses Antrages ist nicht etwa, bloße theoretische Streitfragen zu erörtern, sondern einfach nur zu versuchen, wie die proletarischen Elemente mit dem Lande, die innerlich zu uns gehören, für uns gewonnen werden können, welches Aktionsprogramm, welche unmittelbaren Forderungen man für sie aufstellen kann. Wenn eine Kommission eingesetzt wird, die diese praktischen Fragen der proletarischen Bevölkerung auf dem Lande erörtert, dann wird es einmal möglich sein, auf dem nächsten oder nächsten Parteitag die Agrarfrage in dieser fruchtbringenden Belehrung auf die Tagesordnung zu legen. Ich bitte Sie also, den Antrag mit der Umdenkerung anzunehmen, der Parteitag möge dem Parteivorstand den Wunsch aussprechen, eine solche Kommission im Laufe dieses Jahres einzurichten.

\* 111. Augsburg: Im Antritt der Forderung, welche

wir zum Schutz des Koalitionsrechts bei Vergabe von staatlichen und kommunalen Aufträgen an Staat und Gemeinde stellen, sollt der Sozialdemokratische Verein Augsburg den Antrag, daß Parteivorstand, Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und Großherzogtum Sachsen-Anhalt den Konsumverein in Verbindung treten und Regelung des Vertrages von Papier für unsere Partei- und Gewerkschaftsdruckereien, um in den Papierfabriken die volle Koalitionsfreiheit zur Geltung zu bringen.

Sollte sich mit den Papierfabriken eine solche Regelung nicht ermöglichen lassen, so möge die Frage der Eigenproduktion besprochen und entsprechende Maßnahmen dazu getroffen werden.

112. Höchst: Zur Errichtung der Staatsangehörigkeit in den einzelnen Bundesstaaten, in den seitens des Parteivorstandes erlassenen Verordnungen, welche den Mitgliedsbürgern der Partei und der Gewerkschaften beigelegt resp. in derselben eingekleidet wird.

113. Nürnberg: Der Parteitag möge eine ständige Agrarkommission wählen, die für den nächsten Parteitag eine Erörterung der Agrarfrage vorbereitet und möglich macht.

114. Königslager f. Br.: Der Parteitag empfiehlt allen Parteikreisen, denen geeignete Redner zu Gebote stehen, im September jeden Jahres möglichst im Einvernehmen mit den Gewerkschaften eine Elektoralabschiedsfeier zu veranstalten, in der, neben gesetzlichen Unterhaltungen, die zum Militär einberufenen Gewerkschaften noch einmal an ihre innere Zusammengehörigkeit mit ihren Kollegengenossen erinnert und über ihre militärischen Rechte und Pflichten aufgeklärt werden sollen.

Der Antrag wird angenommen, begründet der Antrag 115.

Den Antrag 116 begründet

Hause-Königsberg:

Wir verfolgen mit unserem Antrag keineswegs den Zweck, der Partei eine antimilitärische Spielerie zugemessen. Der Antrag bewegt sich durchaus im Rahmen früherer Beschlüsse unserer Parteiviertages. Ich möchte die Genossen darauf aufmerksam machen, daß unser Parteivorstand vor zwei Jahren ein Blattblatt an die Militärschüler vertrieben hat, das ausgezeichnet gewesen ist (Sehr richtig!) und sehr gut gewirkt hat. Seitdem ist aber nichts wieder geschrieben. Parteisekretär Müller: Es ist neu aufgelegt worden. Aber auch der Vorstand, den wir machen, ist ein guter. Wir fehlt jedoch mit ihm Erfolg erzielt. Sie wissen ja alle, daß wenn der Parteikreis zum Militär kommt, während der ganzen Militärlaßt ihm das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit seiner Klasse entzogen wird. Sie wissen weiter, daß man verschaut, ihn — wenn er entlassen wird — dem Kriegerverein zuzuführen. Daher ist es sehr wichtig, in ihm — bevor er eingezogen ist —, solange er noch im Zivilverhältnis ist, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu seiner Klasse zu stärken und ihm nicht lange und langsam zum Militär zu entziehen. Natürlich kann man es nicht darauf anlegen, dem Mann die Militärlaßt zu erschrecken. Das ist nicht der Zweck des Blattblatts und auch nicht der Zweck dieser Abschlußabrede. Aber man setzt die Leute innerlich an sich. Sie behalten das Gefühl der Zusammengehörigkeit auch während sie dienen, und treten hernach wieder in die Reihen des kämpfenden Proletariats. (Beifall.)

Gabel:

Ich bin mit dem Antrag vollkommen einverstanden. Aber noch wichtiger ist es, sich um die Rekrutierten zu kümmern. (Sehr richtig!) Unser Kriegerverein und die Leitung des großen Deutschen Kriegerbundes machen ihren Einfluß auf die jungen Leute schon in den letzten Wochen ihres Militärvorhältnisses geltend und sorgen den größten Teil der jungen Rekrutierten ein. Sind sie erst einmal im Kriegerverein, dann ist es äußerst schwer, sie wieder hinzubringen und zu uns hinüber zu ziehen. Deshalb vor allem ist es notwendig, daß wir uns alle Kräfte geben, in den einzelnen Orten die Adressen zu erfahren, um die Rekrutierten gleich nach der Entlassung der sozialdemokratischen Organisation zuzuführen, ehe es zu spät ist. (Beifall.)

Der Antrag 116 wird angenommen.

Es folgt der Antrag betr. die Gehälter der Parteisekretäre im Parteivorstand.

Raben:

Wir wollen nicht etwa eine Gehaltsstufe festlegen, und jährlich eine Auflage von 8-1000 M. festlegen, wie verschiedene Genossen glauben. Es handelt sich um einmalige Gehaltsänderungen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß jeder Parteitag das Recht haben muß, über die Gehälter freiwillig zu entscheiden. Für unsere Mediatoren und sämtliche Parteibeamte besteht eine Gehaltsstufe, nicht aber für die Angestellten des Parteivorstandes. Obwohl diese Beamten ein sehr verantwortungsvolles Amt haben, bleiben sie doch mit ihren Gehältern vielfach hinter denen der Mediatoren und der anderen Parteibeamten zurück. Wenn wir ihnen jetzt vorschlagen, den drei älteren Parteisekretären je 300 M. Auflage zu geben, so ist das nicht zu viel, die Genossen haben jetzt 4200 M. während der jüngste Parteisekretär Genosse Müller 3600 M. bezieht. Da nun die Tätigkeit Müllers dieselbe ist und Müller ebenso alt im Dienst ist wie die übrigen Sekretäre und ihnen nur im Alter nachsteht, wollen wir ihnen eine Auflage von 600 M. geben, damit er später leichter den anderen gleichgestellt werden kann. Ich hoffe, daß Sie diesen Antrag einstimmig annehmen werden, denn wir können unseren Parteibeamten nicht dank verweigern, was wir für die Beamten des Klosterstaates im Parlament fordern. (Beifall.) Der Antrag wird angenommen.

Günigiewitz-Kattowitz

begründet danach die Resolution 183. Im vorigen Jahre hat sich die Gesetzgebung ganz besonders gegen die Polen gerichtet. Der preußische Landtag hat das Enteignungsgesetz beschlossen, und der Reichstag hat das sogenannte liberale Reichsvereinsgesetz angenommen. Das preußische Enteignungsgesetz richtet sich ja nicht in erster Linie gegen die Arbeiter, sondern vor allem gegen die besseren Klassen der polnischen Bevölkerung. Aber wir als Sozialdemokraten müssen das abschaffen, was Unrecht ist. Deshalb müssen wir gegen das Enteignungsgesetz scharfen Protest einlegen. (Sehr richtig!) Schwerer werden wir durch das Reichsvereinsgesetz betroffen, wenn wir die Möglichkeit nimmt, in den Orden, wo wir für Arbeiterversammlungen Lokale errichten haben, politische Versammlungen abzuhalten. Der polnische Arbeiter ist bisher als das größte Ausbeutungsobjekt benutzt worden. Dort, wo die deutschen Arbeiter zu verständnis und aufgeklärt sind, um sich auszuheben, wird der polnische Arbeiter vor dem Blut gespannt, und er arbeitet gebüldig weiter. Wir wissen ja, daß die Ausnahmestatimungen gegen die polnischen Arbeiter auf Unregelung der rheinisch-westfälischen Großindustrie zustande gekommen sind. Wenn in einem Jahr zwei so brutale Ausnahmestatimungen geschaffen werden, so ist es Pflicht des deutschen Parteitages, energisch Protest dagegen zu erheben. Wir müssen den polnischen Arbeitern zeigen, daß wir Sozialdemokraten mit dieser Unterdrückungspolitik nichts gemeint haben. Auch in den Landesteilen, wo viele Polen eingewandert sind, besonders in Rheinland-Westfalen, Hannover

**Klara Zettlin:**

Um Grußwort des Vorstandes und der Kontrollkommission habe ich Ihre Aufmerksamkeit auf die vorliegende Resolution hingestellt, die sogenaunte Kriegsrede zu richten. Wir sind der Überzeugung, daß der Parteitag die Resolution annehmen und den unerwähnten Willen des deutschen Proletariats bestimmt. Seinen vollen Einfluß gegen die widerliche Kriegsrede seiend zu machen. Sie alle wissen, welche die Ereignisse sind, die die jetzt bestehende Kriegsgefahr augendlich drohen. Es ist das struppige Treiben bestimmter kapitalistischer Kreise England und Deutschland, das jetzt zum Krieg zwischen den beiden Nationen best. Es ist das Treiben jener Kreise, das gefordert wird durch die schamlose Tätsigkeit literarischer und wissenschaftlicher Gehalter. Dadurch wird die Ausweichsfeind der Massen auf die Erde geladen, das die Kriege nicht das Werk jener diplomatischen Staatsmänner sind, jener Marionetten der Geschichte, sondern daß es im leichten Volle die ausbrechenden herrschenden Mächte sind, die zum Kriegsheben. Die sogenannten nationalen Gegenseite sind nicht Gegenseite zwischen den Massen der Nationen, sondern lediglich Gegenseite zwischen den ausbrechenden und herrschenden Mächten innerhalb der verschiedenen Nationen. Die sogenannten nationalen Gegenseite sind nichts anderes, als die eine Seite jener gesellschaftlichen Erziehung, deren andere Seite der große historische Gegensatz zwischen den ausbrechenden und den ausgebildeten Mächten ist. (Sehr laut!) Die fortwährende Entwicklung des Kapitalismus ist es, die die Wurzel jeder Kriegsgefahr bildet. Wie die Dinge liegen, kann der vorstehende Frieden nun und nimmermehr gesichert werden durch die wohlmeintenden platonischen Verneuerungen der bürgerlichen Friedensfreunde, die selbst durch die Bevölkerung von Mitteln für die Aktionen wie durch Aufrichtung der Kriegsgegenseite dagegen betragen, daß die Kriegsgefahr bestehen bleibt. Ihr Treiben gleicht dem Tun der Menschen, die wohl die Flammen brennen sehen, die sich aber erst zum Löschens entschließen, wenn die brennende Flamme das Haus zu verdrängen droht. Nicht in papieren Beteuerungen, sondern in der Kluft des Proletariats ruht die Bürgerschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens. (Beifall.) Genau so, wie die nationalen Gegenseite und die Kriegsgegenseite innerhalb der Weltkrieger und ihrer Söhne für ihre vorsätzlichen Leistungen. (Beifall.) Ich danke den Altenberger Genossen weiter für die vorsätzliche Art, mit der sie den Parteitag organisiert haben, für ihren Fleiß und ihren Eifer, insbesondere dem Vorsitzenden und den Ordnern, die die ganze Woche eine aufreibende Tätigkeit entfaltet haben. Ich danke weiter den Kommissionen, die Aufgaben im Auftrage des Parteitages erfüllt haben und sich deshalb teilweise den Verhandlungen im Plenum entziehen müssen.

Auch diese Resolution wird einsinnig und debattierlos angenommen.

**Singer:**

Durch diesen einstimmigen Beschluss hat der deutsche Parteitag in Vertretung der deutschen Sozialdemokratie aus neue konstituiert, daß er, durchdrangen von der absoluten Notwendigkeit, daß die Völker in Frieden miteinander leben, in Frieden miteinander ihren Kulturaufgaben genügen, alles daran setzen wird, um zu verhindern, daß durch das freudelose Spiel mit kauzinierten Interessen die Völker aufeinander geplagt werden. In dem Augenblick, wo in Berlin unter der Regie des Kürten Alters eine Versammlung liegt, in der für die Entscheidung der Streitigkeiten durch Schiedsgerichte plädiert wird, in dem Augenblick, wo auf Veranlassung englischer Arbeiter Berlin in Übereinstimmung mit den Arbeitern ganz Deutschlands verschlägt, daß sie niemals Kriegsgefahr haben können, sondern daß sie alle durchdrangen sind von der Notwendigkeit, einen Autisten für den Frieden — in dem Augenblick steht der Parteitag seine Resolution und beschließt, aufs neue die internationale Solidarität aller Völker, aller Länder. (Beifall.) Nicht der Bund europäischer Fürsten ist es, der den Frieden sicher, sondern die Einigkeit des Proletariats, das mit seinen starken Händen den Frieden wacht gegen jene, die aus kauzinierten Interessen den Krieg wollen, oder gegen die Bourgeoisie, die ihn aus kauzinierten Interessen wünscht. (Beifester Beifall.) Das ist der Sinn dieser Resolution, durch deren Annahme wir uns verpflichtet haben, mitzutreten für die Verbesserungen zum Schutz der Kulturlandschaft vor modernen Kriegen. (Beifester Beifall.)

**Singer:**

verlindert darauf das Ergebnis der

Wahl des Vorstandes und der Kontrollkommission.

Abgegeben sind 364 Stimmzettel, wovon 1 ungültig ist. Es haben erhalten:

1. Klara Zettlin 2. Emil Lindner 3. Max Hirsch 4. Gustav Hildebrand 5. Auguste Goldhammer 6. Gustav Hildebrand 7. Gustav Hildebrand 8. Gustav Hildebrand 9. Gustav Hildebrand 10. Gustav Hildebrand 11. Gustav Hildebrand 12. Gustav Hildebrand 13. Gustav Hildebrand 14. Gustav Hildebrand 15. Gustav Hildebrand 16. Gustav Hildebrand 17. Gustav Hildebrand 18. Gustav Hildebrand 19. Gustav Hildebrand 20. Gustav Hildebrand 21. Gustav Hildebrand 22. Gustav Hildebrand 23. Gustav Hildebrand 24. Gustav Hildebrand 25. Gustav Hildebrand 26. Gustav Hildebrand 27. Gustav Hildebrand 28. Gustav Hildebrand 29. Gustav Hildebrand 30. Gustav Hildebrand 31. Gustav Hildebrand 32. Gustav Hildebrand 33. Gustav Hildebrand 34. Gustav Hildebrand 35. Gustav Hildebrand 36. Gustav Hildebrand 37. Gustav Hildebrand 38. Gustav Hildebrand 39. Gustav Hildebrand 40. Gustav Hildebrand 41. Gustav Hildebrand 42. Gustav Hildebrand 43. Gustav Hildebrand 44. Gustav Hildebrand 45. Gustav Hildebrand 46. Gustav Hildebrand 47. Gustav Hildebrand 48. Gustav Hildebrand 49. Gustav Hildebrand 50. Gustav Hildebrand 51. Gustav Hildebrand 52. Gustav Hildebrand 53. Gustav Hildebrand 54. Gustav Hildebrand 55. Gustav Hildebrand 56. Gustav Hildebrand 57. Gustav Hildebrand 58. Gustav Hildebrand 59. Gustav Hildebrand 60. Gustav Hildebrand 61. Gustav Hildebrand 62. Gustav Hildebrand 63. Gustav Hildebrand 64. Gustav Hildebrand 65. Gustav Hildebrand 66. Gustav Hildebrand 67. Gustav Hildebrand 68. Gustav Hildebrand 69. Gustav Hildebrand 70. Gustav Hildebrand 71. Gustav Hildebrand 72. Gustav Hildebrand 73. Gustav Hildebrand 74. Gustav Hildebrand 75. Gustav Hildebrand 76. Gustav Hildebrand 77. Gustav Hildebrand 78. Gustav Hildebrand 79. Gustav Hildebrand 80. Gustav Hildebrand 81. Gustav Hildebrand 82. Gustav Hildebrand 83. Gustav Hildebrand 84. Gustav Hildebrand 85. Gustav Hildebrand 86. Gustav Hildebrand 87. Gustav Hildebrand 88. Gustav Hildebrand 89. Gustav Hildebrand 90. Gustav Hildebrand 91. Gustav Hildebrand 92. Gustav Hildebrand 93. Gustav Hildebrand 94. Gustav Hildebrand 95. Gustav Hildebrand 96. Gustav Hildebrand 97. Gustav Hildebrand 98. Gustav Hildebrand 99. Gustav Hildebrand 100. Gustav Hildebrand 101. Gustav Hildebrand 102. Gustav Hildebrand 103. Gustav Hildebrand 104. Gustav Hildebrand 105. Gustav Hildebrand 106. Gustav Hildebrand 107. Gustav Hildebrand 108. Gustav Hildebrand 109. Gustav Hildebrand 110. Gustav Hildebrand 111. Gustav Hildebrand 112. Gustav Hildebrand 113. Gustav Hildebrand 114. Gustav Hildebrand 115. Gustav Hildebrand 116. Gustav Hildebrand 117. Gustav Hildebrand 118. Gustav Hildebrand 119. Gustav Hildebrand 120. Gustav Hildebrand 121. Gustav Hildebrand 122. Gustav Hildebrand 123. Gustav Hildebrand 124. Gustav Hildebrand 125. Gustav Hildebrand 126. Gustav Hildebrand 127. Gustav Hildebrand 128. Gustav Hildebrand 129. Gustav Hildebrand 130. Gustav Hildebrand 131. Gustav Hildebrand 132. Gustav Hildebrand 133. Gustav Hildebrand 134. Gustav Hildebrand 135. Gustav Hildebrand 136. Gustav Hildebrand 137. Gustav Hildebrand 138. Gustav Hildebrand 139. Gustav Hildebrand 140. Gustav Hildebrand 141. Gustav Hildebrand 142. Gustav Hildebrand 143. Gustav Hildebrand 144. Gustav Hildebrand 145. Gustav Hildebrand 146. Gustav Hildebrand 147. Gustav Hildebrand 148. Gustav Hildebrand 149. Gustav Hildebrand 150. Gustav Hildebrand 151. Gustav Hildebrand 152. Gustav Hildebrand 153. Gustav Hildebrand 154. Gustav Hildebrand 155. Gustav Hildebrand 156. Gustav Hildebrand 157. Gustav Hildebrand 158. Gustav Hildebrand 159. Gustav Hildebrand 160. Gustav Hildebrand 161. Gustav Hildebrand 162. Gustav Hildebrand 163. Gustav Hildebrand 164. Gustav Hildebrand 165. Gustav Hildebrand 166. Gustav Hildebrand 167. Gustav Hildebrand 168. Gustav Hildebrand 169. Gustav Hildebrand 170. Gustav Hildebrand 171. Gustav Hildebrand 172. Gustav Hildebrand 173. Gustav Hildebrand 174. Gustav Hildebrand 175. Gustav Hildebrand 176. Gustav Hildebrand 177. Gustav Hildebrand 178. Gustav Hildebrand 179. Gustav Hildebrand 180. Gustav Hildebrand 181. Gustav Hildebrand 182. Gustav Hildebrand 183. Gustav Hildebrand 184. Gustav Hildebrand 185. Gustav Hildebrand 186. Gustav Hildebrand 187. Gustav Hildebrand 188. Gustav Hildebrand 189. Gustav Hildebrand 190. Gustav Hildebrand 191. Gustav Hildebrand 192. Gustav Hildebrand 193. Gustav Hildebrand 194. Gustav Hildebrand 195. Gustav Hildebrand 196. Gustav Hildebrand 197. Gustav Hildebrand 198. Gustav Hildebrand 199. Gustav Hildebrand 200. Gustav Hildebrand 201. Gustav Hildebrand 202. Gustav Hildebrand 203. Gustav Hildebrand 204. Gustav Hildebrand 205. Gustav Hildebrand 206. Gustav Hildebrand 207. Gustav Hildebrand 208. Gustav Hildebrand 209. Gustav Hildebrand 210. Gustav Hildebrand 211. Gustav Hildebrand 212. Gustav Hildebrand 213. Gustav Hildebrand 214. Gustav Hildebrand 215. Gustav Hildebrand 216. Gustav Hildebrand 217. Gustav Hildebrand 218. Gustav Hildebrand 219. Gustav Hildebrand 220. Gustav Hildebrand 221. Gustav Hildebrand 222. Gustav Hildebrand 223. Gustav Hildebrand 224. Gustav Hildebrand 225. Gustav Hildebrand 226. Gustav Hildebrand 227. Gustav Hildebrand 228. Gustav Hildebrand 229. Gustav Hildebrand 230. Gustav Hildebrand 231. Gustav Hildebrand 232. Gustav Hildebrand 233. Gustav Hildebrand 234. Gustav Hildebrand 235. Gustav Hildebrand 236. Gustav Hildebrand 237. Gustav Hildebrand 238. Gustav Hildebrand 239. Gustav Hildebrand 240. Gustav Hildebrand 241. Gustav Hildebrand 242. Gustav Hildebrand 243. Gustav Hildebrand 244. Gustav Hildebrand 245. Gustav Hildebrand 246. Gustav Hildebrand 247. Gustav Hildebrand 248. Gustav Hildebrand 249. Gustav Hildebrand 250. Gustav Hildebrand 251. Gustav Hildebrand 252. Gustav Hildebrand 253. Gustav Hildebrand 254. Gustav Hildebrand 255. Gustav Hildebrand 256. Gustav Hildebrand 257. Gustav Hildebrand 258. Gustav Hildebrand 259. Gustav Hildebrand 260. Gustav Hildebrand 261. Gustav Hildebrand 262. Gustav Hildebrand 263. Gustav Hildebrand 264. Gustav Hildebrand 265. Gustav Hildebrand 266. Gustav Hildebrand 267. Gustav Hildebrand 268. Gustav Hildebrand 269. Gustav Hildebrand 270. Gustav Hildebrand 271. Gustav Hildebrand 272. Gustav Hildebrand 273. Gustav Hildebrand 274. Gustav Hildebrand 275. Gustav Hildebrand 276. Gustav Hildebrand 277. Gustav Hildebrand 278. Gustav Hildebrand 279. Gustav Hildebrand 280. Gustav Hildebrand 281. Gustav Hildebrand 282. Gustav Hildebrand 283. Gustav Hildebrand 284. Gustav Hildebrand 285. Gustav Hildebrand 286. Gustav Hildebrand 287. Gustav Hildebrand 288. Gustav Hildebrand 289. Gustav Hildebrand 290. Gustav Hildebrand 291. Gustav Hildebrand 292. Gustav Hildebrand 293. Gustav Hildebrand 294. Gustav Hildebrand 295. Gustav Hildebrand 296. Gustav Hildebrand 297. Gustav Hildebrand 298. Gustav Hildebrand 299. Gustav Hildebrand 300. Gustav Hildebrand 301. Gustav Hildebrand 302. Gustav Hildebrand 303. Gustav Hildebrand 304. Gustav Hildebrand 305. Gustav Hildebrand 306. Gustav Hildebrand 307. Gustav Hildebrand 308. Gustav Hildebrand 309. Gustav Hildebrand 310. Gustav Hildebrand 311. Gustav Hildebrand 312. Gustav Hildebrand 313. Gustav Hildebrand 314. Gustav Hildebrand 315. Gustav Hildebrand 316. Gustav Hildebrand 317. Gustav Hildebrand 318. Gustav Hildebrand 319. Gustav Hildebrand 320. Gustav Hildebrand 321. Gustav Hildebrand 322. Gustav Hildebrand 323. Gustav Hildebrand 324. Gustav Hildebrand 325. Gustav Hildebrand 326. Gustav Hildebrand 327. Gustav Hildebrand 328. Gustav Hildebrand 329. Gustav Hildebrand 330. Gustav Hildebrand 331. Gustav Hildebrand 332. Gustav Hildebrand 333. Gustav Hildebrand 334. Gustav Hildebrand 335. Gustav Hildebrand 336. Gustav Hildebrand 337. Gustav Hildebrand 338. Gustav Hildebrand 339. Gustav Hildebrand 340. Gustav Hildebrand 341. Gustav Hildebrand 342. Gustav Hildebrand 343. Gustav Hildebrand 344. Gustav Hildebrand 345. Gustav Hildebrand 346. Gustav Hildebrand 347. Gustav Hildebrand 348. Gustav Hildebrand 349. Gustav Hildebrand 350. Gustav Hildebrand 351. Gustav Hildebrand 352. Gustav Hildebrand 353. Gustav Hildebrand 354. Gustav Hildebrand 355. Gustav Hildebrand 356. Gustav Hildebrand 357. Gustav Hildebrand 358. Gustav Hildebrand 359. Gustav Hildebrand 360. Gustav Hildebrand 361. Gustav Hildebrand 362. Gustav Hildebrand 363. Gustav Hildebrand 364. Gustav Hildebrand 365. Gustav Hildebrand 366. Gustav Hildebrand 367. Gustav Hildebrand 368. Gustav Hildebrand 369. Gustav Hildebrand 370. Gustav Hildebrand 371. Gustav Hildebrand 372. Gustav Hildebrand 373. Gustav Hildebrand 374. Gustav Hildebrand 375. Gustav Hildebrand 376. Gustav Hildebrand 377. Gustav Hildebrand 378. Gustav Hildebrand 379. Gustav Hildebrand 380. Gustav Hildebrand 381. Gustav Hildebrand 382. Gustav Hildebrand 383. Gustav Hildebrand 384. Gustav Hildebrand 385. Gustav Hildebrand 386. Gustav Hildebrand 387. Gustav Hildebrand 388. Gustav Hildebrand 389. Gustav Hildebrand 390. Gustav Hildebrand 391. Gustav Hildebrand 392. Gustav Hildebrand 393. Gustav Hildebrand 394. Gustav Hildebrand 395. Gustav Hildebrand 396. Gustav Hildebrand 397. Gustav Hildebrand 398. Gustav Hildebrand 399. Gustav Hildebrand 400. Gustav Hildebrand 401. Gustav Hildebrand 402. Gustav Hildebrand 403. Gustav Hildebrand 404. Gustav Hildebrand 405. Gustav Hildebrand 406. Gustav Hildebrand 407. Gustav Hildebrand 408. Gustav Hildebrand 409. Gustav Hildebrand 410. Gustav Hildebrand 411. Gustav Hildebrand 412. Gustav Hildebrand 413. Gustav Hildebrand 414. Gustav Hildebrand 415. Gustav Hildebrand 416. Gustav Hildebrand 417. Gustav Hildebrand 418. Gustav Hildebrand 419. Gustav Hildebrand 420. Gustav Hildebrand 421. Gustav Hildebrand 422. Gustav Hildebrand 423. Gustav Hildebrand 424. Gustav Hildebrand 425. Gustav Hildebrand 426. Gustav Hildebrand 427. Gustav Hildebrand 428. Gustav Hildebrand 429. Gustav Hildebrand 430. Gustav Hildebrand 431. Gustav Hildebrand 432. Gustav Hildebrand 433. Gustav Hildebrand 434. Gustav Hildebrand 435. Gustav Hildebrand 436. Gustav Hildebrand 437. Gustav Hildebrand 438. Gustav Hildebrand 439. Gustav Hildebrand 440. Gustav Hildebrand 441. Gustav Hildebrand 442. Gustav Hildebrand 443. Gustav Hildebrand 444. Gustav Hildebrand 445. Gustav Hildebrand 446. Gustav Hildebrand 447. Gustav Hildebrand 448. Gustav Hildebrand 449. Gustav Hildebrand 450. Gustav Hildebrand 451. Gustav Hildebrand 452. Gustav Hildebrand 453. Gustav Hildebrand 454. Gustav Hildebrand 455. Gustav Hildebrand 456. Gustav Hildebrand 457. Gustav Hildebrand 458. Gustav Hildebrand 459. Gustav Hildebrand 460. Gustav Hildebrand 461. Gustav Hildebrand 462. Gustav Hildebrand 463. Gustav Hildebrand 464. Gustav Hildebrand 465. Gustav Hildebrand 466. Gustav Hildebrand 467. Gustav Hildebrand 468. Gustav Hildebrand 469. Gustav Hildebrand 470. Gustav Hildebrand 471. Gustav Hildebrand 472. Gustav Hildebrand 473. Gustav Hildebrand 474. Gustav Hildebrand 475. Gustav Hildebrand 476. Gustav Hildebrand 477. Gustav Hildebrand 478. Gustav Hildebrand 479. Gustav Hildebrand 480. Gustav Hildebrand 481. Gustav Hildebrand 482. Gustav Hildebrand 483. Gustav Hildebrand 484. Gustav Hildebrand 485. Gustav Hildebrand 486. Gustav Hildebrand 487. Gustav Hildebrand 488. Gustav Hildebrand 489. Gustav Hildebrand 490. Gustav Hildebrand 491. Gustav Hildebrand 492. Gustav Hildebrand 493. Gustav Hildebrand 494. Gustav Hildebrand 495. Gustav Hildebrand 496. Gustav Hildebrand 497. Gustav Hildebrand 498. Gustav Hildebrand 499. Gustav Hildebrand 500. Gustav Hildebrand 501. Gustav Hildebrand 502. Gustav Hildebrand 503. Gustav Hildebrand 504. Gustav Hildebrand 505. Gustav Hildebrand 506. Gustav Hildebrand 507. Gustav Hildebrand 508. Gustav Hildebrand 509. Gustav Hildebrand 510. Gustav Hildebrand 511. Gustav Hildebrand 512. Gustav Hildebrand 513. Gustav Hildebrand 514. Gustav Hildebrand 515. Gustav Hildebrand 516. Gustav Hildebrand 517. Gustav Hildebrand 518. Gustav Hildebrand 519. Gustav Hildebrand 520. Gustav Hildebrand 521. Gustav Hildebrand 522. Gustav Hildebrand 523. Gustav Hildebrand 524. Gustav Hildebrand 525. Gustav Hildebrand 526. Gustav Hildebrand 527. Gustav Hildebrand 528. Gustav Hildebrand 529. Gustav Hildebrand 530. Gustav Hildebrand 531. Gustav Hildebrand 532. Gustav Hildebrand 533. Gustav Hildebrand 534. Gustav Hildebrand 535. Gustav Hildebrand 536. Gustav Hildebrand 537. Gustav Hildebrand 538. Gustav Hildebrand 539. Gustav Hildebrand 540. Gustav Hildebrand 541. Gustav Hildebrand 542. Gustav Hildebrand 543. Gustav Hildebrand 544. Gustav Hildebrand 545. Gustav Hildebrand 546. Gustav Hildebrand 547. Gustav Hildebrand 548. Gustav Hildebrand 549. Gustav Hildebrand 550. Gustav Hildebrand 551. Gustav Hildebrand 552. Gustav Hildebrand 553. Gustav Hildebrand 554. Gustav Hildebrand 555. Gustav Hildebrand 556. Gustav Hildebrand 557. Gustav Hildebrand 558. Gustav Hildebrand 559. Gustav Hildebrand 560. Gustav Hildebrand 561. Gustav Hildebrand 562. Gustav Hildebrand 563. Gustav Hildebrand 564. Gustav Hildebrand 565. Gustav Hildebrand 566. Gustav Hildebrand 567. Gustav Hildebrand 568. Gustav Hildebrand 569. Gustav Hildebrand 570. Gustav Hildebrand 571. Gustav Hildebrand 572. Gustav Hildebrand 573. Gustav Hildebrand 574. Gustav Hildebrand 575. Gustav Hildebrand 576. Gustav Hildebrand 577. Gustav Hildebrand 578. Gustav Hildebrand 579. Gustav Hildebrand 580. Gustav Hildebrand 581. Gustav Hildebrand 582. Gustav Hildebrand 583. Gustav Hildebrand 584. Gustav Hildebrand 585. Gustav Hildebrand 586. Gustav Hildebrand 587. Gustav Hildebrand 588. Gustav Hildebrand 589. Gustav Hildebrand 590. Gustav Hildebrand 591. Gustav Hildebrand 592. Gustav Hildebrand 593. Gustav Hildebrand 594. Gustav Hildebrand 595. Gustav Hildebrand 596. Gustav Hildebrand 597. Gustav Hildebrand 598. Gustav Hildebrand 599. Gustav Hildebrand 600. Gustav Hildebrand 601. Gustav Hildebrand 602. Gustav Hildebrand 603. Gustav Hildebrand 604. Gustav Hildebrand 605. Gustav Hildebrand 606. Gustav Hildebrand 607. Gustav Hildebrand 608. Gustav Hildebrand 609. Gustav Hildebrand 610. Gustav Hildebrand 611. Gustav Hildebrand 612. Gustav Hildebrand 613. Gustav Hildebrand 614. Gustav Hildebrand 615. Gustav Hildebrand 616. Gustav Hildebrand 617. Gustav Hildebrand 618. Gustav Hildebrand 619. Gustav Hildebrand 620. Gustav Hildebrand 621. Gustav Hildebrand 622. Gustav Hildebrand 623. Gustav Hildebrand 624. Gustav Hildebrand 625. Gustav Hildebrand 626. Gustav Hildebrand 627. Gustav Hildebrand 62